

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Die Abholung von neuen Ausgaben erfolgt bei Postämtern und Buchhändlern. Bei Bestellung ist die Zahlung voranzubringen. Bei Bestellung durch den Postweg ist die Zahlung in bar zu leisten. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit Ausnahme der Feiertage. — Während unserer Originalaufnahmen ist nur mit bester Qualität gearbeitet. — Die Rückgabe unbenutzter Aufnahmen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum für Werbung und andere Anzeigen 10 St. Letzte Kapiteln 25 St., auswärts pro Seite 20 St., im Abonnement 40 St. Bei komplizierten und schwierigen Aufträgen, besonders Verordnungen, nach Absprache mit dem Redaktionsrat. — Bei Anzeigen für größere Geschäftsverträge nur am Tage vorher, frühestens 4 Tage vor dem Erscheinen des Blattes, spätestens 10 Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Nr. 8.

Donnerstag den 11. Januar 1912

38. Jahrg.

Der Bund der Landwirte und der Liberalismus.

Der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Straube, der bekanntlich in einem holländischen Dorf aufgewachsen und mit bäuerlichen Verhältnissen von Jugend an vertraut ist und den alle Familienbände mit der Landwirtschaft verknüpfen, hat für die Wahltagung eine kleine Schrift herausgegeben unter dem Titel „Was will der Bund der Landwirte?“ (Druck und Verlag von Ehlers, Neustadt in Holstein, Preis 20 Pf.). Es ist schätzenswertes Material, das der frühere, dem Agrarierium so wertvolle Abgeordnete hier zusammengetragen hat. Wir möchten aus den sachkundigen Darlegungen einiges herausgreifen. Dr. Straube schreibt über den Bund der Landwirte und die deutsche Viehwirtschaft:

„Wenn die Agitatoren des Bundes der Landwirte im Wahlkampf in die Klemme kommen, wenn man ihnen überzeugend nachgewiesen hat, daß ihre Politik arbeiter und mittelstandsfeindlich ist, daß sie in Wirtschaft und Rechtswelt auf wirtschaftlichem und geistlichem Gebiete darstellbar, dann wenden sie sich mit vielen Worten an die Wähler und versichern: Ja, die Menschen mögen ja beim Fortschritt gut aufgehoben sein, aber das Vieh? Das Vieh finde nur Schutz beim Bunde der Landwirte! Der Fortschritt wolle die Grenzen öffnen, die Seuchen ins Land schleppen. Dann würden die Viehställe verdorren und dann abe — Handwerker und Bürgermann — dann kommt die wahre Zeit der Not, dann gibt's kein Vieh, nur Roggenbrot! — Den Agrariern müssen alle Dinge zum besten dienen, nichts darf in der Politik zur Vernachlässigung der Viehwirtschaft kommen. Auch an der Maul- und Klauenseuche sind letzten Endes die Liberalen schuldig, so behaupten die Redner des Bundes der Landwirte. Zuletzt ist die Maul- und Klauenseuche im Reichstage am 27. Oktober besprochen worden. Die fortschrittliche Volkspartei hatte eine Interpellation eingebracht, in der der Reichskanzler darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die bisherigen politischen Bestimmungen über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche zum großen Teil veraltet, aber der Landwirtschaft und dem Viehhandel große Verluste und viel Unbequemlichkeiten bereitet hätten. Herr v. Bethmann-Hollweg wurde gefragt, ob er beiden Regierungen der Einzelstaaten auf eine sachgemäße Änderung der Seuchenbestimmung hinwirken wolle. Der Sprecher unserer Partei war der Landwirt Jan Fegter, der in seiner langjährigen Berufstätigkeit die Wirkungen der Seuche und der Viehseuchen schon manchmal selber kennen gelernt hat. Fegter führte aus, daß bei der außerordentlichen Schädigung aller Viehzüchter, Schlächter, Viehhändler und Konjumenten alle Maßnahmen getroffen werden müßten, um zunächst die Einschleppung und dann die Ausbreitung der Seuche möglichst zu verhindern. Er schlug vor als einen neuen Schutz für später die Bildung eines Grenzbezirkes im Osten unseres Vaterlandes, in dem die Viehbestände einer dauernden tierärztlichen Beobachtung zu unterstellen seien. Da der illegitime Viehhandel an der Grenze, nach einem Ausprüche eines konservativen Abgeordneten in der Kurpfalzkommission, doch nicht auszurotten sei, so sei ständig die Gefahr, daß immer wieder das deutsche Vieh durch krankes russisches infiziert werden würde. Daher sollten beamtete und nichtbeamtete Tierärzte — auf die Zuziehung der letzteren lege er besonderen Wert — eine ständige Kontrolle ausüben. Schäfer kann man doch nicht die Notwendigkeit eines ausreichenden Grenzschutzes betonen. Die Seuche ist ja auch diesmal von Rußland über die Ostpreussische Südgrenze eingeschleppt worden; von dort nach Westpreußen zum Daneler Markt und von dort durch ganz Deutschland. Also der strengste Grenzschutz hat nicht genügt, und eine Vollstation der Seuche ist auch nicht gelungen. Fegter forderte dann weiter Bewilligungen von Reichs-

mitteln zur wissenschaftlichen Erörterung und zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Er folgte damit einer Anregung, die der Abgeordnete Dr. Hecker in der Budgetkommission gegeben hatte, wo er den Antrag stellte, das Reich möge auch die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche ähnlich wie die der Bruchseuche in Angriff nehmen. Man könne ja aus dem Reichsfonds die nötigen Mittel zur Verfügung stellen! Daß der Herr Schatzsekretär widersprach, verriet sich am Ende ihm ist jede neue Mehrausgabe ein Greuel. Aber daß die Vertreter des Zentrums und der Konservativen — Herr Dr. Köstke war Wortführer — anstatt diese Summe zu bewilligen, etatsrechtliche Bedenken vorbrachten, sollte man eigentlich nicht ermarken.“

Dr. Straube weist dann nach, daß Verbesserungsvorschläge der Freisinnigen beim Viehseuchengesetz von der gesamten Rechte niedergestimmt worden seien, was im Interesse der Landwirtschaft redauern werden müsse; und er fährt dann fort: „Zur Erhaltung unseres Viehstandes gehört aber nicht nur guter Grenzschutz und ein vernünftiger Kampf gegen die Seuchen, sondern auch viel Futter und billiges Futter. Da verjagt der Bund der Landwirte vollkommen. Er hat die Regierung scharf gemacht bei den letzten Fütterungsdebatten im Reichstage, aber auch garnichts zugegeben. Bei den jetzigen Preisen — Getreidenschrot kostet fast einen Groschen das Pfund, die Schweine sind aber fast bis auf 40 Mk. gesunken: die alte Ercheinung, hohe Futtermittelpreise bringen niedrige Schweinepreise — ist für den kleinen Mann beim Schwein nichts zu verdienen. Aber der Bund der Landwirte will keine Fütterungsverbesserungen. Er will, daß man an all die Erzeugnisse, die auch heute noch ihre Kornbuden voll Getreide und Futter haben. Er kann keine Politik des kleinen Mannes und der viehhaltenden Bauern haben, weil er der Vertreter der Interessen der Großgrundbesitzer ist.“

Die politische Moral des Merkantilismus.

Aus Elsb. Vothringen schreibt man uns: Von dem ungeheuerlichen Gewissenszwang, den die katholische Geistlichkeit bei den Landtagswahlen im Kreis Bistich Nothbach auf die Bevölkerung ausgeübt hat und der das Einzelzweckgericht in Kollmar zur Kassation der Wahl des Zentrumskandidaten Hefemann veranlaßte, gibt das Stenogramm der bei der Einspruchsverhandlung verlesenen Beweisaufnahme ein geradezu abstoßendes Bild. Noch nie hat es der Klerus gewagt, mit einer solch unverhohlenen Annäherung die Freiheit der religiösen und politischen Überzeugung anzutasten wie bei dieser Wahl. Bei den Exzessen in Nothbach hatte der Bischof in einer Ansprache an die Geistlichkeit seiner Diözese sich dahin ausgelassen, daß es erwünscht sei, die Pfarrkinder zu einer gewissenhaften Wahl anzuhalten, daß aber kein Priester den Namen einer Partei oder eines Kandidaten bei der Wahlbelehrung offen nennen solle. Sehen wir zu, wie meisterlich diese Rücksicht bei den Wahlpredigten befolgt worden ist!

Dem Pfarrer Berend in Engelsdard stieß die überstürmende Vereidigung schon 5 bis 6 Wochen vor der Wahl, seine Predigten waren fast durchweg Agitationsreden, jedoch erste lauzische Männer schließlich die Kirche verließen, weil diese Wahlbelehrung ihr religiöses Empfinden verletzte. Hier einige Stellen aus diesen Reden:

„Katholischer Geist! Bist Du verpflichtet zu wählen? Ja, Du bist es! Wie aber sollst Du wählen? Du sollst gut wählen! Und woran erkennst Du, daß Du gut gewählt hast? Wenn Du den Kandidaten wählst, den die katholischen Zeitungen empfehlen. Ist es eine Sünde, wenn Du nicht gut wählst? Ja, es ist eine Sünde usw.“ Am Wahltag selbst legte der hochwürdige Herr im Vormittagsgottesdienst genauer auseinander,

weiche Sünde derjenige begehe, der an dem in dem als der Pfarrer. Er forderte die anwesenden Frauen auf, darauf hinzuwirken, daß die Männer gut wählten, und dann nachmittags mit ihm in der Kirche für das gute Gelingen der Wahl einen Rosenkranz zu beten.

Nicht minder rühmig war der Pfarrer Sachstätter in Schwaben. An den letzten drei Sonntagen vor der Wahl verlas er in seinem heiligen Eifer das Evangelienbuch, bekannte dies offen vor seiner Gemeinde und empfahl ihr, das letzte Evangelium im Neuen Testamente, einen Zentrumsblattchen, nachzulesen.

Recht eindringlich wußten die Pfarrer Berkesel in Völkheim und Bettinger in Schorbad ihren Kirchenbesuchern den Scheiterhaufen zu malen, auf dem die sündiger Zentrumsleit nach dieser Zeitlichkeit von den bösen Liberalen gebraten werden würde. Berkesel ängstigte seine Zuhörer folgendermaßen: „Wollt Ihr haben, daß Ihr begrabt werdet wie eure Eltern, die auf dem Friedhofe ruhen, so wählst gut! Wollt Ihr aber nach eurem Tode verbrannt werden und wollt Ihr haben, daß man den Kindern die Religion und das Kreuz aus der Schule nimmt, so wählst schlecht.“ Pfarrer Möhnen in Lemberg erklärte, daß es eine Sünde sei, wenn man liberale Zeitungen lese. Pfarrer Groß in Schmittweiler schmettert ganz offen vor der Kanzel die Zentrumsfanfare. Am Wahltag gab er die Parole aus: „Wählt nicht liberal, nicht sozialdemokratisch! Wer nicht den Zentrumskandidaten wählen mag, der soll wenigstens einen weißen Fetzel abgeben, der aber anders handelt, der begibt eine schwere Sünde.“

Anschließend derartig- und weiterer geistlicher Wahlbeeinflussungen traf das Oberlandesgericht Kollmar den Nagel auf den Kopf, wenn es hervorhob, daß die Geistlichen im Wahlkampf nicht nur weit über ihre Befugnisse gehandelt, sondern geradezu Mittel gebraucht hätten, die als sitzlich und moralisch verwerflich zu bezeichnen seien.

Sozialdemokratische Wahlflugblätter an Eisenbahner und Postbeamte.

Die Sozialdemokratie hat es für angebracht gehalten, an die Eisenbahner und Postbeamten eigene Wahlflugblätter zu versenden, in denen zur Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels aufgefordert wird. Das Flugblatt an die Eisenbahner schreibt bezeichnenderweise am Schluß:

„Eisenbahner, denk daran, daß die Stimme jedes einzelnen von Euch genau so viel wert ist, wie die Stimme des Herrn v. Breitenbach. Denk auch daran, daß die Wahl geheim ist und in die Wahlzelle die Spürhunde und Maßregelungsgüter Euch nicht folgen können.“ Und ebenso heißt es am Schluß des anderen Flugblattes:

„Die Postbeamten wären töricht, wenn sie sich, soweit sie sozialdemokratisch gesinnt sind, davon abhalten ließen, bei der Reichstagswahl sozialdemokratisch zu wählen. Die Wahl ist ja geheim, es erfährt ja niemand, ob der Postbeamte sozialdemokratisch gewählt hat, weil die Sozialdemokratie die Interessen der Postbeamten am besten vertritt.“

Mit dieser „besten Vertretung“ ist es aber eine eigene Sache. Die Sozialdemokratie hat zwar manchmal weitgehende Anträge zugunsten besonders der Unterbeamten gestellt, namentlich dann, wenn sie wußte, daß diese Anträge keine Annahme finden würden. Das war aber auch alles. Ferngehener Pönnig haben die Sozialdemokraten weder im Reichstage noch im Landtage jemals für die Beamten bewilligt. Stimmten sie doch regelmäßig gegen den Etat und zeigten sie damit, daß sie nicht einmal den Beamten das bestehende Gehalt gewähren wollen, das sie jetzt beziehen. Bei den Besoldungsreformen aber im Reich wie in Preußen haben die

Reichstagskandidat der vereinigten Liberalen im Wahlkreis Merseburg-Duerfurt ist

Gutsbesitzer William Koch-Unterfarnstedt

Sozialdemokraten jede neue Einnahmequelle verweigert, obwohl sie ganz genau wußten, daß die Erhöhung der Beamtengehälter auch Mehreinnahmen im Gesamtbetrage von mehreren hundert Millionen Mark bewirkt, daß es also notwendig war, die hierfür erforderlichen Summen irgendwie herbeizuführen. Wühin stimmt die Sozialdemokratie grundsätzlich dagegen, daß die Beamten Gehalt bekommen; sie stimmt auch gegen jedes Mittel, um eine Erhöhung dieses Gehalts herbeizuführen. Das nennen dann die Sozialdemokraten „rückhaltlose Vertretung der Beamteninteressen“. Eine Verlogenheit, die ihr gleiches sucht.

Die großen Kriegsschiffneubauten der Seemächte.

Seit einigen Jahren gibt die deutsche Marineverwaltung die Größe ihrer Neubauten an Linienschiffen und Panzerkreuzern erst bekannt, wenn die Schiffe zur Indienststellung kommen. Es ist ihr gelungen, die näheren Angaben geheim zu halten und die deutsche Presse macht auch, in voller Würdigung der Gründe, die diesen Schritt veranlaßt haben, keine Veruche, den Schleier des Geheimnisses zu lüften. Die vier Linienschiffe der „Dietrichsland“-Klasse sind 22800 Tonnen groß; von neuem Panzerkreuzern fassen „Moltke“ und „Goeben“ 23000 Tonnen. Aber die Größe der neuen „Kaiser“-Klasse und der im Bau befindlichen Panzerkreuzer, die seit 1909 vergeben worden sind, fehlen alle zuverlässigen Angaben.

Von den Neubauten fremder Seemächte sind Angaben bekannt, die Anspruch auf ungefähre Genauigkeit haben. England hat die Größe seiner Linienschiffe von 24400 auf 27000 Tonnen und seiner Panzerkreuzer auf 26780 Tonnen gesteigert. Die Vereinigten Staaten gehen noch weiter, denn deren Linienschiffe werden 28000 Tonnen groß. Frankreich gibt seinen Linienschiffen 23470 Tonnen, vernachlässigt aber den Panzerkreuzerbau; das letzte, 1905 gebaute Schiff dieses Typs ist nur 14000 Tonnen groß. Japan gibt seinem neuesten Linienschiff ein Displacement von 23000 Tonnen, baut aber vier Panzerkreuzer von 27500 Tonnen. Italien hat sich zum Bau von Linienschiffen von 25000 Tonnen entschlossen. Rußland baut Linienschiffe von 23000 Tonnen und Panzerkreuzer von 20000 Tonnen. Argentinien, Brasilien und Chile bauen Linienschiffe von 28000 Tonnen im Bau.

Amerika scheint also an der Spitze zu marschieren, wenn von den russischen Panzerkreuzern, die gleich groß werden sollen, abgesehen wird. Wäster war England der Schiffsbaummeister der Welt und nach Deutschland kann ausgezeichnete Leistungen aufweisen. Die Annahme, die Vereinigten Staaten und die lateinamerikanischen Republiken könnten die Führung übernehmen, hat wenig Aussicht auf Befähigung. Und der Raum, die „allergrößten“ Kriegsschiffe zu besitzen, kommt ihnen sehr teuer zu stehen, wenn die Leistungen der Schiffe nicht ihrer Größe entsprechen. Schließlich entscheiden nicht die größten, sondern die besten Schiffe den Kampf.

Winte für die Wähler.

Die Wahlhandlung dauert von 10 bis 7 Uhr und ist öffentlich, d. h. für jeden wahlberechtigten Deutschen zugänglich. Ortsanfallt ist nicht erforderlich, ebenso-
weit Wohnort im Wahlkreis (Ministerialverordnung vom 18. Juli 1892). Aus dem Wahllokal dürfen nur ausgiebigen „Personen, welche die Nähe im Wahllokal stören oder sich den von dem Wahllokal zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Maßregeln nicht fügen oder bei einem zu starken Andrang das Wahlgeschäft behindern.“

Der Wahlvorstand muß ständig von früh 10 bis abends 7 Uhr aus mindestens drei Personen bestehen, und Wahlvorsteher und Protokollführer dürfen nicht gleichzeitig hinausgehen.

Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, muß von allen Seiten zugänglich sein.

Die Wahlurne steht auf dem Wahlstisch vor dem Wahlvorsteher. Sie darf nicht zu klein sein, um ein Durchsichtfenster für abgegebene Stimmen zu ermöglichen. Nach einem Erlass des preussischen Ministers des Innern vom 9. November 1911 müssen erheblich geräumigere Gefäße als Wahlurnen verwendet werden, als bisher üblich gewesen. Die Verwendung von Suppenterrinen, Zigarettenkisten usw. als Wahlurnen muß grundsätzlich vermieden werden. In der ministeriellen Verfügung heißt es weiter:

„Es ist auf die Vereitelung solcher genügend großer Gefäße als Wahlurnen Bedacht zu nehmen, bei denen die Möglichkeit eines willkürlichen Umeinanderstülperns der Wahlurne nicht vorliegt, und die es gestatten, die Umschläge mit den Stimmzetteln durch einen Spalt im Deckel einzuwerfen und den Deckel des Gefäßes bis zum Schluß der Wahlurnen geschlossen zu halten. Es muß vermieden werden, durch Verwendung unzulänglicher Wahlurnen und durch die Art und Weise ihrer Benutzung begünstigte Vorkommnisse über verschärfte Verletzung des Wahlgeheimnisses hervorzurufen, durch welche die Gültigkeit der Wahl gefährdet wird.“

Wählergesetz und Wahlreglement muß im Wahllokal ausliegen. Anlegen von Stimmzetteln, Ausdrucken und Beratungen im Wahllokal sind während des Wahlakts verboten.

Der Stimmraum darf ein nur durch das Wahllokal betretbarer und unmittelbar mit ihm verbundener Nebenraum oder eine im Wahllokal selbst angebrachte, von dem Wahlvorstand getrennte Vorrichtung sein. Der Wähler muß darin unbeschadet (vom Wahlvorstand) von den Mitwählern) seinen Stimmzettel in den Umschlag legen können. Es dürfen nicht zwei Wähler gleichzeitig im Stimmraum sein, nur bei körperlichen Gebrechen des einen, dem dann ein anderer beistehen darf, ist eine Ausnahme gestattet.

Wähler, die nicht in den Listen stehen oder die minderjährige oder Altmosenempfänger sind, dürfen nicht zur Stimmabgabe zugelassen werden. Stimmzettel ohne Umschlag oder in besonders feintätlich gemachten Umschlägen müssen von dem Wahlvorstand zurückgewiesen werden.

Um 7 Uhr abends wird die Abstimmung geschlossen und kein Stimmzettel mehr angenommen.

Die Umschläge werden aus der Urne genommen und unter Aufsicht gezählt, ebenso werden die Abstimmungsvermerke in der Liste des Protokollführers gezählt, und dann wird nach Vorchrift des § 18 des Wahlreglements das Ergebnis festgestellt.

Sozialdemokratische Wählern

Die Berliner Sozialdemokraten haben sich, wie die „Fr. Bl.“ schreibt, in einem früheren Flugblatt den erbärmlichen Schwindel geleistet, zu behaupten, die Freistimmigen hätten 1909 für die Erhöhung des Kaffeesteuers gestimmt. Nachdem wir ihnen aus den Reichstagsakten und sogar aus ihren eigenen Schriften die Unwahrheit dieser Behauptung nachgewiesen hatten, gehen sie in einem neuen Flugblatt hinein bei, zugleich aber suchen sie den Einbruch ihres Eingeländnisses damit abzuschwächen, daß sie neue Lügen über die Haltung der Freistimmigen bei der Reichsfinanzreform verbreiten. So behaupten sie, der Freistimm hätte für die Brantweinsteuergesetze sogar in Höhe von anfänglich 20 C. gestimmt, während doch schon in der ersten Kommissionslesung ein konteraktuar Antrag mit dieser Steuergesetz auf 10 C. herabgesetzt wurde. In einem anderen Flugblatt wird der Freistimmigen die Zustimmung zu angeblich blau-schwarzen Steuern in die Schuhe geschoben. Da wir die tatsächlichen Verhältnisse schon so oft richtiggestellt haben, so konstatieren wir hier lediglich, daß es sich abermals um unverfrorenen Schwindel handelt. Im übrigen geben wir aus einem Artikel, den der antilettisch-agrarisch-chambourisische Herr Fröhlich am letzten Montag in der Wochenbeilage der „Deutschen Tageszeitung“ hat erscheinen lassen, einige Sätze wieder. Nachdem Herr Fröhlich erzählt hat, daß die Freistimmigen die Brantweinmonopolvorlage der Regierung in der Kommission abgelehnt hätten, schreibt er:

Das Reichsgesamtparlament arbeitete darauf einen neuen Entwurf aus, der die Erhöhung der Verbrauchsabgabe von 50—70 auf 115—135 C. vorschlag. Nach diesen letzten der Freistimm ist unter dem Vorwande, daß er keine Brantweinsteuer vorzuziehen, auf die Zeit ausgereicht werden... Ebenso verlagte er bei der Tabaksteuererhöhung und der Weinsteuer. Ebenso bei den Steuern auf Gas, Elektrizität, Zinseinkommen und Plakate.

Mit dem in diesem Falle ganz unvorhergesehenen Ergebnis eines Agrarieres dürfen die sozialdemokratischen Lügen erledigt sein.

Der italienisch-türkische Krieg.

Das türkische Regierungsbüro „Tanin“ demontiert in einem Leitartikel die Friedensgerüchte und erklärt: Die Fortsetzung des Krieges ist unumkehrbar. Die türkische Regierung ist nicht bereit, ihre Forderungen an die italienische Regierung zu ändern, die nicht die Tripolis- und Benghazi zur Grundlage hat. Der Friede ist ebenso fern, wie am ersten Tage des Krieges, ja heute mehr denn je. Der Krieg wird eifrig geführt werden, bis Italien seine Ohnmacht einleitet, und das Anzeigebüro zurückzieht. Man befindet sich in einem Irrtum, wenn man annimmt, daß wir Tripolis verlassen werden, um Verwundungen am Balkan zu vermeiden. Der tripolitische Krieg schwächt die Türkei keineswegs. Italien mag aus einem allgemeinen Kriege einen Vorteil erhaschen, doch wir fürchten nichts. Die Osmanen sind für alle Eventualitäten bereit. — Solis, 1. Feb. im Türken.

„Aus Mailand wird der „Fr. Bl.“ berichtet: Am 3. Januar hat die „Gazzetta Ufficiale“ einen königlichen Erlass veröffentlicht, wodurch die Generaldirektion der Staatsbahnen ermächtigt wurde, alles Material zu erwerben, das für die Einrichtung und für den Betrieb von Eisenbahnlinien dienen soll, die in Tripolis und bei Gornafra für den Nachschub der Kriegsbetriebsstoffe sofort errichtet werden sollen. Das „Giornale dei Lavori Pubblici“ veröffentlicht nunmehr nähere Einzelheiten und teilt mit, daß die Spurweite auf 95 Zentimeter festgesetzt wurde. Schienen mit dem Gewicht von 36 Kg. das Meter, und verstellte Schwellen sollen es ermöglichen, rasch den landigen Gelände eine Dauerhaftigkeit der Konstruktion zu erreichen und auch den Transport schwerer Materialzüge durchzuführen. Das gesamte Material wird längstens bis zum 15. Januar von den Häfen von Civita Vecchia und Venedig nach Tripolis abgehen. Die italienische Gesellschaft für Eisenerzeugung hat sich verpflichtet, 7000 Schwellen zu liefern. Vier Dampfer werden diese Schwellen und außerdem noch 6000 Schienen, ferner drei Lokomotiven, 20 Güterwagen und einige Personenwagen nach Tripolis bringen. Unter Leitung des Ingenieurs Guffini wird dann sofort mit dem Bau der 15 Km. langen Linie Tripolis—Ala Sara begonnen werden.

„In einem längeren, am Sonntag veröffentlichten Erlass des Schatzministers Tedesco heißt es u. a.: „Zeit dem

Jahre 1898 wird die Entwicklung der italienischen Finanzen charakterisiert durch ein beträchtliches und ununterbrochenes Anwachsen der Einnahmen, eine rasche und anhaltende Steigerung der Ausgaben und mehr oder weniger große Überschüsse. Das definitive Budget für 1910/11 wies einen Überschuß von 32,2 Millionen Lire auf, etwa doppelt so viel als das vorangegangene, das definitive Budget für 1911/12 einen solchen von mehr als 50 Millionen, von denen nach Abzug der unvorhergesehenen Ausgaben immer noch etwa 23,7 Millionen verbleiben. Für das Rechnungsjahr 1912/13 ist ein Überschuß von 14,5 Mill. vorgesehen, wobei alle Etats mit Ausnahme des Schatzes Mehrausgaben aufweisen, die beim öffentlichen Unterricht 35 Millionen Lire betragen. Über die Kriegsausgaben wird angemerkt, daß die Minister: In den normalen Ausgaben treten gegenwärtig die unvorhergesehenen für die Unternehmung hinzu, die das Volk mit aufrichtigem Mitleid und Kundgebungen der Begeisterung für die tapferen Matrosen und Soldaten und des Vertrauens in die Zukunft der neuen italienischen Länder begehrt hat. Sollen diese können und sollen, wie der Ministerpräsident in seinen Eröffnungsrede mit dem Ganzen der Nation erklärt hat, die Kriegsausgaben die Ausgaben für die Unternehmung des nationalen Lebens abgeben, die Reformen werden unterbrechen noch verlangen, und der Budgetüberschlag enthält alle in Erwägung gezogenen Ausgabeerhöhungen, so 33 Millionen für den Vollschulunterricht und mehr als 9 Millionen für öffentliche Arbeiten, ohne daß das Gleichgewicht des Budgets irgendwie gefährdet würde. Zur Beilegung der Kosten des Krieges genügen die Überschüsse der früheren Rechnungsjahre zusammen mit dem im laufenden Jahr vorgesehenen Überschuß, sowie ein Teil der ordentlichen Mittel der Staatsverwaltung, die zurzeit in Höhe von nicht weniger als 500 Millionen ver-

Die Teilung Berlins.

In Teheran verläutet, Berlin solle in zwei große Verwaltungskreise eingeteilt werden. Nord und Süd, das unter russischem Einfluß steht, soll als Bergogoverkren der Sepedahr erhalten, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet wird und seinen Sitz in Täbris nimmt. Südpersien, das unter englischem Einfluß steht, soll der Wähter der Ferdowsiabad in Teheran als offizieller Oberkommandant erhalten und in der Person des Saman als Sultanz als Ministerpräsidenten. Der Regent Nair el Mull soll angeschlossen nur noch der repräsentative Vertreter Berlins sein. Die Abgrenzung zwischen Nord und Süd tritt immer scharfer hervor. Das Erzählbar verläutet, er wolle Berlin verlassen, wenn ihm nicht eine Pension gezahlt wird. Die Wähter sollen für ihn eine jährliche Abgabe von 500 000 C. verlangen. In Teheran ist alles ruhig. Die Wähter sind geöffnet und die Erregung geschwunden.

Nach einem weiteren aus Petersburg kommenden Telegramm ist zum vorigen persischen Geschäftsträger der ehemalige Gesandte in Rom Nair Khan ernannt worden.

Nach eine Meldung des „Reuterischen Bureau“ wird der bisherige amerikanische Finanzminister der persischen Regierung Schaher Teheran am 11. d. M. verlassen. Einer der vier Berater, die in die neue Kommission des Schahs berufen waren, ist zurückgetreten.

Neue Kämpfe in China

stehen unmittelbar bevor, da sich Yuan-shikai und die Revolutionäre nicht einigen können. Nach einer Neutermeldung aus Peking ist der Waffensstillstand nicht erneuert worden. Die Verhandlungen mit den Revolutionären sind auf einen toten Punkt angelangt. Die Regierung in Peking hat die Erwartung und die Hoffnung, daß sich die Revolutionäre nach Norden wenden und so Gelegenheiten zu einer entscheidenden Schlacht geben werden, da sie selbst infolge des Mangels an Mitteln angriffen ist, genügend Truppen nach dem Süden zu senden, um sich den Sieg zu sichern. Die Aufständischen von Schansi und Schensi rücken vereint auf Honanfa. Eine Entschärfung der Kaiserlichen, die nach Schensi geschickt worden war, zieht sich auf Honanfa zurück; jedoch kommen Verstärkungen von Norden herbei. Die Kaufleute von Tientsin belagern sich über die kaiserlichen Offiziere, die unumkehrweise den Güterverkehr hemmen, so daß der Außenhandel von Tientsin gefährdet erscheint.

Andere Nachrichten aus englischer Quelle sind im demselben Sinn gehalten. So meldet „Daily Telegraph“ aus Schanghai vom 8. Januar: Waffensstillstand gezeichnete in Yuan-shikai, daß alle telegraphischen Verhandlungen aufhören müssen. Die republikanischen Führer hätten beschlossen, unter völliger Ignorierung der Peking Regierung den Nationalkongress nach Schanghai zu berufen. Nach demselben Blatt sind republikanische Agenten in Japan ein getroffen, um dort Magazinsgewehre zu kaufen.

Für die Ausländer in entlegeneren Provinzen Chinas ist es eine böse Zeit. Nach einer Neutermeldung aus Schanghai ist in Mofanfan (Provinz Tschefang) ein Engländer namens Felgato am Sonnabend von Räubern ermordet worden.

Sunyatzen, der Führer der revolutionären Bewegung, verhängte die republikanische Partei, daß die Gerichte über eine Verurteilung der Kaiserlichen in den deutschen Kanonen und Waffen völlig unbegründet seien. Es handle sich lediglich um deutsche Waffenlieferungen an die Peking Regierung, die lange vor dem Ausbruch der Revolution bestellt waren. Sunyatzen bezeichnet die Haltung Deutschlands als durchaus forsch.

Gute Freunde Chinas

machen sich die Wirren zunutze, um schon jetzt vor dem vorausichtlichen Zerfall der Einheit des chinesischen Reiches sich ein Profilieren zu sichern.

Die russische Regierung hat nach einer Neutermeldung aus Peking der chinesischen erklärt, daß sie

Unabhängigkeit der äußeren Mongolei in ihren inneren Angelegenheiten, die unter der Leitung des Chefsin Dampa Gutsutsu stehen, der am 29. Dezember zum Monarchen ausgerufen worden ist, anerkannt werden müsse. Es wird in der Mitteilung hinzugefügt, daß Rußland die Mongolei bei der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen werde und eine Armee von Kascha nach Urga zu bauen beabsichtige. Künftig werde China keine Truppen in der äußeren Mongolei mehr halten und keine Kolonisten dorthin senden dürfen. Es solle China jedoch gestattet sein, die Aussicht über die an-wärtigen Beziehungen des Landes zu behalten. — China hat noch keine Antwort auf die Erklärung abgegeben.

England und Japan in Bunde sind auch mit dem Rückern der Reichsverhältnisse des „New Herald“, der sich bisher als wohlunterrichteter erwiesen hat, sendet seinem Blatt unter dem 6. d. folgendes auffälliges Telegramm aus Tokio: In ostlichen Kreisen beliefen sich die Überzeugung, daß die englische und japanische Diplomatie jetzt ihre Anstrengungen darauf richten, das Land in eine nördliche und in eine südliche Hälfte zu zerlegen. Diese Ansicht meinen darauf hin, daß jeder Zug, den die englische Diplomatie unter der Maske der Vermittlung und der Förderung und Aufrechterhaltung der Neutralität bisher getan hat, nur dazu gedient hat, den Aufständigen zu helfen und den Bemühungen der Kaiserlichen Behörden, den Krieg zu beenden, Einhalt zu tun. Daraus geht die Engländer auf dem Kriegszustand bestanden, verhinderten sie die schnelle Ermahnung von Aufständigen und verzögerten sie die Wiedereroberung von Tokijew, der Hauptstadt Schansis, selbst nachdem die Truppen der Aufständigen zerstreut worden waren. Englischer Einfluß ist nicht minder verantwortlich dafür, daß die amerikanischen und andere Regierungen ihre Botschaften davon abgehalten haben, die notwendigen Anträge zu genehmigen. Die auffällige Rolle, die weiter die Japaner in der Unterdrückung der Aufständigen gespielt haben, obwohl die japanische Regierung nach Befugnis freundschaftliche Beziehungen erhalten ließ, gilt als offensichtlicher Beweis dafür, daß ihre eine wohl überlegte Politik verfolgt, die die Teilung des Reiches zu fördern, wobei die Hoffnung gründet liegt, die nördliche Hälfte eines starken und erwachsenen Chinas aus dem Wege zu räumen.

Man finden auch die von englischer und japanischer Seite fortwährend unternommenen Schritte ihre Erklärung der Deutschen zu verdächtigen. Damit soll die Unschamtheit der Chinesen von den englisch-japanischen Intrigen abgelenkt werden.

Politische Übersicht

Österreich-Ungarn. Nach Serbien überführt wurden am Montag aus Wien die Leichen des Fürsten und der Fürstin Karaageorgewitsch.

Frankreich. Am Dienstag wurden Etienne, Maffei-Bauch und Dron zu Vizepräsidenten der Kammer wiedergewählt. Bei Beratung des Gesetzes über die Verhältnisse der in Rom in der Senatskammer am Dienstag einen Brief, in dem er im Namen der Kommission den Ministerpräsidenten hat, dem Reichspräsidenten Rouvier Kenntnis zu geben von den verschiedenen Umständen, welche eine für würdigen Gehalts bilden. Aus den von Rouvier gemachten Erklärungen geht hervor, daß die Regierung nur mit der größten Vorsicht die Mitteilungen machen würde. Auf eine Anfrage Lemarques verlas Minister de Selves die Note, die am 8. Juli ausgetauscht wurden, als der deutsche Botschafter das Ministerium des Äußeren von der Einberufung des Reichspräsidenten nach Madrid in Kenntnis setzte. Dann beauftragte sich die Kommission mit der Haltung Frankreichs zur Zeit der Besetzung von Larach und Elkar durch die Spanier und mit dem Protokoll, der beabsichtigt vom Sultan an das diplomatische Korps in Tanger gerichtet wurde. — Der Minister des Äußeren de Selves hat nach einem Pariser Telegramm am Dienstag wegen eines Zwischenfalles in der Sitzung der Senatskommission, bei dem sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen Caillaux und de Selves herausstellte, seine Demission gegeben.

Ankland. Der russische Gesandte in Berlin Korotkow hat nach seinem Abschied eingereicht, der angenommen wurde. Die Ursache ist, wie bereits gemeldet eine Entfärbungsgeschichte. Premierminister Stolowow verlangte nach Bekanntwerden der Angelegenheit, daß Korotkow sofort von seinem Amte zurücktrete.

Marokko. Die Pariser Blätter aus Madrid gemeldet wird, daß die spanische Regierung den Plan gefaßt, im Rifacien eine aus Gineabornen

bestehende, von spanischen Offizieren befehligte Kolonialarmee von etwa 1500 Mann zu bilden. Diese Truppe würde die vorgeschobenen Posten einnehmen. Die Besatzung von Melilla würde jedoch ausschließlich aus spanischen Truppen zusammengesetzt sein. Außerdem sollen in Malaga und Algeciras händliche Streitkräfte in Bereitschaft gehalten werden, um im Bedarfsfall nach Afrika abzugehen.

Gehehen. Die vor 20 Jahren erfolgte Thronbesteigung des Khediven Abbas Hilmi wurde am Montag feierlich begangen. Am Abend herrschte eine feierliche Stimmung auf den glänzend illuminierten Straßen. Die Deutsche Orientbahn zeichnete sich durch eine besonders geschmackvolle Illumination aus. Dienstag vormittag fand eine Parade der ägyptischen Armee statt. Der Khedive selbst war nicht in der Parade, sondern auf seiner Wohnung in Maadi, von wo er die trikolourfarbene Geze reifen mit. Seine Abwesenheit wird hier in Maadi kommentiert. Nichts scheint die Verhöhn zu sein, daß er jetzt nach Solum reist, um durch seine Anwesenheit die Anerkennung der Rechte Ägyptens auf ein lange bestrittenes Territorium zu halten.

Nordamerika. Vor der Handelskammer von Charleston (Südkarolina) gelangte am Montag ein Schreiben des Sekretärs des Präsidenten Laft zur Verlesung, in dem es heißt, die Schiedsverhandlungen mit Deutschland und anderen Ländern blieben in der Schwebe, bis der Bundesrat die Frage der Verträge mit Frankreich und England erledigt habe.

Deutschland.

Berlin, 10. Jan. Der Kaiser nahm Dienstag vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts, Herrn v. Wundt, des Chefs des Marinekabinetts, Admirals v. Müller, und des Chefs des Admiralkabes der Marine, Vizeadmirals v. Heering, entgegen. — Die Kaiserin folgte am Dienstag abend mit ihrer Tochter, der Prinzessin Viktoria Luise, einer Einladung des Offizierskorps des ersten Gardeeregiments zu Fuß zu einer Festlichkeit im Potsdamer Regimentsklub. Auch das Prinzenpaar Eitel-Friedrich, die Prinzessin Viktoria Margarete sowie die Prinzen August Wilhelm, Oskar, Joachim, Friedrich Siegmund und Friedrich Karl von Preußen waren erschienen.

— Prinzregent Luitpold von Bayern hat sich so erholt, daß er, wie ein Münchener Telegramm meldet, gestern trotz des Schneemetters zur Wildschweinsjagd fuhr.

— (Der Landwirtschaftsminister) Dr. Frhr. v. Schorlemer ist nach der Rheinprovinz abgereist.

— (Die Lüge des Londoner „Standard“.) Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, hat der deutsche Kronprinz weder dem Berliner Reichsblatt des „Standard“ eine Erklärung abgegeben, noch ihn zur Abgabe der mitgeteilten angeblichen Äußerungen vor einiger Zeit ermächtigt. Allerdings hat sich eine englische Zeitung an ihn mit der Bitte gewandt, eine Äußerung über seine Stellung zu den Beziehungen zu England zu geben, dieser Zeitung ist daraufhin mitgeteilt worden, der Kronprinz fühle sich nicht befugt, offiziell seine Meinung über seine Stellung zu England auszusprechen. Jemand welche Äußerungen, die den „Standard“ zu seiner Nachricht ermächtigen könnten, find aber keineswegs gefallen.

— (Das Abgeordnetenhaus) tritt Montag den 15. Januar mittags um 1 Uhr zusammen. Der Finanzminister wird in der ersten Sitzung den Etat einbringen. Nach der Plenarsitzung treten die Fraktionen zusammen, um zur Präsidentenwahl Stellung zu nehmen. Diese Wahl erfolgt am 16. d. M. Mit Rücksicht auf die Reichstagswahl, die Friedrichstern am 24. d. M. usw. wird das Abgeordnetenhaus vom 17. bis 30. d. M. eine Pause eintreten lassen.

Provinz und Umgegend.

† Ramburg a. d. Saale, 9. Jan. Die, wie wir meldeten, in einer selbstgegrabenen Grube verschütteten und getöteten vier Knaben, der 14-jährige

einzigste Sohn des Weichenstellers Karl Maus, der 13-jährige Sohn des Lokomotivführers Wilhelm Richter, der 13-jährige einzige Sohn des Schrankmachers Albert Köder und der 12-jährige Sohn des Steuerbeamten Machold wurden am Sonntag nachmittag unter großer Teilnahme der Bevölkerung zur letzten Ruhe in vier nebeneinander liegenden Gräbern beigesetzt. Superintendent Klotz hielt die Grabrede. Zu dem Unglück selbst wird noch gemeldet, daß die Grube so vertieft und von allem Verkehr entzerrt liegt, daß man die Knochen ohne die zufällige Mitwirkung eines kleineren Spielamateurs vielleicht gar nicht aufgefunden hätte. Einem der verunglückten Jungen war der Brustkorb eingedrückt, die drei anderen waren vom Erstickungstode zu retten gewesen, wenn der kleine und einzige Zeuge der schrecklichen Katastrophe seinen Eltern etwas früher Mitteilung gemacht hätte.

† Torgau, 9. Jan. Gestern wurde die Scherenschleiferswitwe Bräunig auf dem hiesigen Bahnhöfe von der Lokomotive erfaßt und unter den Augen geschleudert. Obwohl sie noch unter zwei Wagen geriet, wurde sie noch lebend, aber schrecklich verstümmelt hervorgezogen. Ihr waren beide Beine abgefahren. Sie starb, ohne die Befragung wieder erlangt zu haben, im Krankenhaus.

† Rüterbog, 10. Jan. Ein gewaltiger Brand brach Sonntag abend um 10 1/2 Uhr in dem Modemerkgeschäft von Pfeißel, das sich in dem Hause des Hausbesizers Schulz in der Großen Straße befindet, aus. Das Haus ist nicht eingestürzt, ebenso ist auf dem Hofe befindliches Kinematographen-Theater. Hier konnte das Mobiliar gerettet werden. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

† Aus dem Harz, 10. Jan. Im Harz werden Touristen ermordet. Die 18-jährige Seminaristin Etichnot und Meyer sind am 3. Januar in guter Ausrüstung von Gubel weggezogen, um eine zweitägige Harztour zu unternehmen. Bis zur Stunde sind sie noch nicht zurückgekehrt. Die nach ihnen ausgesandten Expeditionen waren erfolglos.

† Eisenberg (Thür.), 9. Jan. Im benachbarten Mada ist im 77. Lebensjahre Fritz Lecht, ein in der Gelehrtenwelt unter dem Namen „Philosoph von Mada“ weit über die Grenzen des Altenburger Landes hinaus bekannter Mann gestorben.

† Leipzig, 9. Jan. Außer den am hiesigen Abend verstorbenen vier Personen sind hier bisher im ganzen vier weitere Personen nach dem Genuß von alkoholischen Getränken erkrankt, von denen zwei gestorben sind. Die beiden anderen befinden sich außer Lebensgefahr im Krankenhaus. Die betreffenden Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

† Dresden, 9. Jan. Die Familie des Geh. Notes Edler von der Planitz hier, des früheren Präsidenten der sächsischen Oberrechnungskammer und derzeitigen rührigen Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen im deutschen Flottenverein, ist in tiefer Trauer bezeugt worden. Der älteste Sohn, Kapitänleutnant Philipp Maximilian Edler von der Planitz, erster Lieutenant auf S. M. S. „Nürnberg“, ist laut telegraphischer Meldung aus Schanghai in den ostasiatischen Gewässern durch Ertrinken verunglückt.

† Dresden, 10. Jan. Bei der Grenzrevision in Teicheln im Wilsinger Wagon des Wien-Leipziger Schnellzuges wurde eine Falsche mit Goldstücken, sowie Münzformen für Zwanzig- und Zehnkronenstücke aufgefunden. Der Zug wurde zur Abnahme näherer Feststellungen eine halbe Stunde zurückgehalten. Die Falschmünzer blieben jedoch trotz der Durchsuchung der Passagiere unentdeckt.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Total-Räumungs-Verkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts.
C. A. Steckner.

Da ich beabsichtige, mein Lager bis 15. Februar vollständig zu räumen, kommen von heute ab grosse Posten

Kleiderstoffe, Seide
und Sommerstoffe

aussersordentlich billig zum Verkauf.

Reste extra billig.

Konfektion zu jedem nur annehmbaren Preis

An die Reichstagswähler im Wahlkreise Merseburg-Querfurt!

Am 12. Januar 1912 soll die Entscheidung darüber fallen, ob mit jener, von den **Konservativen** in Eintracht mit dem **Bund der Landwirte**, den **Polen**, **Welfen** und dem **Zentrum** bislang getriebenen Interessenpolitik ausgeräumt werden soll. Es gilt in erster Linie an diesem Tage Abrechnung zu halten mit den Parteien der **schwarzblauen Mehrheit**, die als ihre Aufgabe betrachten, veraltete Privilegien zu schützen, in Heer und Staat die besten Stellen und Pfründen unter sich zu verteilen, sich durch Begünstigungspolitik die Taschen zu füllen und nicht zuletzt die Staatslasten auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen.

Die **Konservativen**, Arm in Arm mit den finsternen Mächten des Zentrums, werden nie eine deutsch-nationale und fortschrittliche Politik treiben. Jeden wirklichen Vaterlandsfreund muß das Schauspiel, welches diese angeblichen Patrioten der Welt gegeben, mit Abscheu erfüllen. Nachdem die entschiedenen Liberalen vereinigt mit den **befürworteten Nationalliberalen** in den Wahlkampf eingetreten sind, kann es nicht schwer fallen, die **bisherige schwarz-blau Mehrheit niederzuringeln**.

Aber nicht allein ihr gilt der Kampf! Auch die **Sozialdemokratie**, welche, unter Appell an die niedrigsten Instinkte der Massen, den Klassenkampf predigt und mit Energie letzten Endes die **Beseitigung unserer heutigen Gesellschaftsordnung** erstrebt, sie darf im Wahlkreis Merseburg-Querfurt nicht an Terrain gewinnen. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie positiver Mitarbeit **nicht** fähig ist. Auch in allen **nationalen Fragen** hat sie völlig versagt.

Es fällt also den **Liberalen** die schwere Aufgabe zu, nach **zwei Fronten** ihre Forderungen und Ideale zu verteidigen. In der Hand der Wähler liegt es, auch in unserem Wahlkreis den Sieg an die Fahne des Liberalismus zu heften.

Es muß gelingen, wenn jeder seine nationale Pflicht tut!

Kein liberaler Mann sollte aus Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen sich in das sozialdemokratische Lager treiben lassen. **Wir** mit uns eintritt für die liberalen Forderungen:

der völligen Gleichberechtigung aller Staatsbürger,

der gleichmäßigen Behandlung und Förderung aller Erwerbsgruppen,
sowohl der Landwirtschaft als auch der Industrie, des Handels
und des Gewerbes,

des Fortschrittes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens,

der Freiheit der Wissenschaft,

der Bekämpfung aller Privilegien und Vorrechte,

der Beseitigung ungerechter Steuern und Lasten,

der wähle am 12. Januar den Kandidaten aller Liberalen,

Herrn Gutsbesitzer William Koch-Unterfarnstedt.

Er wird als freier, unabhängiger und intelligenter Mann aus dem Volke der beste Vertreter desselben sein, würdig für unsern Wahlkreis in den Reichstag einzuziehen.

Wer für seine Wahl wirkt und ihn wählt, wird wahrhaft national handeln!

Liberaler heraus! Holt die mächtige Partei der Nichtwähler heran; es sind die Unsrigen. Nur wenn alle wahrhaft nationalen Bürger ihre Pflicht tun, ist der Sieg unser.

Die vereinigten Liberalen im Wahlkreise Merseburg-Querfurt.

S. A.:

Die liberalen Vereine: Merseburg, Schlanditz, Püken, Kölschan-Schladebach, Raucha, Mücheln, Bassendorf, Schaffstädt, Querfurt, Freyburg, Raucha und Carsdorf a. U.

Druck v. Seilingen.



druckereibefiger Krüger (Mägen) einzuführen (am besten per Gelbbrief; falls per Postanweisung ohne besondere Bezeichnung auf dem Postabschnitt oder Angabe eines „A“). Diese Geldopfer werden reichliche Früchte tragen.

Freiber v. Wangenheim will große Geldbeiträge (unter 1000 Mark macht er's nicht) unter Konto W. sammeln. Hier wird für die unglücklich stehende Kandidatur des Landrates von Malgahn ebenfalls Geld gesammelt, und zwar unter Konto A. In beiden Fällen wird den Spendern versichert, daß die Geldopfer reichliche Früchte tragen werden, denn die Agrarierpolitik bringt genügend ein. Welcher Art mag aber die konservative Agitation für Herrn von Malgahn sein, über die aus „erklärlichen Gründen“ selbst in einem vertraulichen Rundschreiben nichts gesagt werden darf? Auf amerikanische Agitation verlassen sich ja die Agrarkonservativen.

Wie der Unterbeamte wählen soll?

Diese Frage beantwortet die „Deutsche Unterbeamtenzeitung“ in einer Polemik gegen die Zuschrift eines Beamten in der freikonservativen „Post“ folgendenmaßen: Bilden nicht das eigentliche Beamtenheer die Hunderttausende von Unterbeamten, die trotz Mangel an Wissen und Sinn beim besten Willen nicht so viel heranzubringen können? Wo findet man in konservativen Organen auch nur ein einziges Mal ein Wort des Verständnisses für die traurige, ja hoffnungslose Lage der unteren Beamten? Angesichts solcher andauernden, völlig unbeehebaren Dienstverhältnisse konservativer Politiker muß erklärt werden: das gesamte untere Beamtenum bedarf sich gründlich für die „Segnungen“ der herrschenden Wirtschaftspolitik. Wenn diese Politik arglos für den Schicksal der „nationalen Arbeit“ notwendig ist, so hat sie Hunderttausende von Unterbeamtenfamilien an den Rand des Abgrunds und vor den wirtschaftlichen Ruin geführt. Trotzdem verlangte Herr v. Heibergard soeben erst in Pankow noch weitere Zulassungen, nämlich den landlosen Postkrieger. Das bedeutet für das untere Beamtenum den Verzweiflungsmoment die Eitelkeit. Glaubt man denn wirklich, daß das untere Beamtenum in all seinen Petitionen und Eingaben liegt, und daß seine wirtschaftliche Lage tatsächlich nicht so unglücklich, so trostlos ist, wie sie darin geschildert wird? Hat man es wirklich für möglich, daß einige gewissenlose „Verführer und Hezer“, wie man die Vertreter der Unterbeamten so geschmacklos nennt, lediglich durch Agitation und Unterbrechung Zehntausende von Unterbeamten auf die Beine bringen können, wie es durch den Ersten Deutschen Unterbeamtenkongress gesehen ist? Gut! Dann gehen wir ein, daß diese Politiker einer besseren Einsicht nicht mehr fähig sind. Als Gegenwehr gilt dann nur noch die eine Parole, ohne daß deshalb ein einziger roter Stimmzettel abgegeben zu werden braucht: Die unteren Beamten geben einen Vertreter der heutigen Wirtschaftspolitik unter keinen Umständen eine Stimme.

Merseburg und Umgegend.

10. Januar.

Ein Wort in letzter Stunde!

Donnerstag den 11. Januar, abends 8 Uhr, spricht im Theatralier der Kandidat der vereinigten Liberalen Güterbesitzer William Koch-Unterfarnstedt. Zu dieser Versammlung werden alle nationalen Reichstagswähler freundlich eingeladen. Kein Freund unserer Sache darf fehlen! Der Tag der Wahl kann nicht hoffnungsvoller eingeleitet werden, als durch eine gewaltige Bürgerkammer in Stadt und Land ist bereit zum Kampf!

Recht und Pflicht. In diesen Tagen wird mit allem Nachdruck betont und eingeschärft: Das Wahlrecht ist nur zu denken im engsten Zusammenhang mit einer unbedingten Wahlpflicht. Recht und Pflicht sind auch sonst im Leben einander ergänzende, begründende, fordernde oder vertiefende Ideen und Tatsachen. Man redet von einer Rechtsphilosophie, und man bezeichnet sie als „die Lehre von den Grundgesetzen, Prinzipien des Rechts, die Wissenschaft vom Wesen, von der Idee, vom Wert und Zweck des Rechts, die Wissenschaft vom Rechtsbegriff als solchen in seiner allgemeinen, typischen Bedeutung und von den aus ihm sich ergebenden Folgerungen und Anwendungen, auf Grundlage der Logik, der Geschichte, der Anthropologie, der Soziologie und Ethik“. Das ist gewiß sehr schön und gelobt. Aber auch ohne so komplizierte Wissenschaft kann man das Rechte kennen und üben. Es ist oft einfach eine Sache des unmittelbaren Gefühls. In allen gutreich und spitzfindig ausgelegten Verfassungen zum Trost, kann mit elementarer Würde dieses natürliche Recht, das Recht des gesunden Menschenverstandes, zum Ausdruck kommen und Beachtung bei finden. Auch die Pflicht ist häufig etwas ganz Einfaches. Für das ist einwohnende, moralisch zwingende Soll hat sich der alte, wackerste Mann mit höchster Begeisterung ins Zeug gelegt. Er nennt ja die Pflicht, die objektive Notwendigkeit einer Handlung aus Verbindlichkeit; und ein andermal sagt er: „Der Pflichtbegriff ist

an sich schon der Begriff von einer Notigung der freien Willkür durchs Gesetz“. Und wie patend klingt Rants Ausruf: „Pflicht, du erhabener großer Name, der du nichts Beliebtens, was Einschmeichlung bei sich führt, in dir fassst, sondern Unterwerfung verlangst...“, bloß ein Gesetz aufstellt, welches von selbst im Gemüt Eingang findet... vor dem alle Neigungen verstummen, wenn sie gleich ihm entgegenwirken!“ Und wer niemals in den nicht ganz leichten Schriften des Königsberger Weisen blätterte, er kann doch auch sehr genau über das moralische Gesetz in der eigenen Brust orientiert sein und im gegebenen Falle mit rascher Bestimmtheit sagen und tun, was seine Pflicht ist. Freilich, unter Umständen gibt es auch wegen Recht und Pflicht viel Kopfzerbrechen. Das Einfache ist manchmal so sehr vom Mitleid, von Rücksichtnahmen, von Bedenkllichkeiten und Erwägungen beschwert, daß es erst einer tüchtigen Willensanstrengung und vieler Tatkraftentfaltung bedarf, um das Richtige und Pflichtgemäße richtig herauszufinden. Zuweilen wird es überhaupt nicht gefunden, oder man muß sich mit dem Relativen einer gewissen Wahrscheinlichkeit begnügen. Menschliche Unvollkommenheit! Aber das darf nicht lähmend wirken. Im Gegenteil — nun gilt es erst recht, dem eigentlichen Ideale nachzugehen und, wo immer, es nur irgendmöglich ist, die tägliche Wirklichkeit dadurch zu erhöhen und zu stärken. Recht und Pflichten müssen lebendige Mächte sein. Erst dann können Humanität und Kultur etwas Großes und Wahres bedeuten.

Wie unsere Leser aus dem heutigen Inserat ersehen, wird die Volkskammer des Vaterländischen Frauenvereins am 15. Januar um 12 Uhr eröffnet werden. Zu diesem Zwecke sind, wie wir schon kürzlich berichteten, neue Räume im Vereinshaus eingerichtet worden, so daß auf Wunsch die verabschiedeten Speisen an Ort und Stelle verzehrt werden können. Die in dem Inserat erwähnten halben Portionen zum Preise von 5 Hg., welche in erster Linie Schulkinder zugute kommen sollen, werden nur zum sofortigen Bezug im Speisesaal der Volkskammer ausgegeben. Ehe die Räume der Volkskammer dem Publikum geöffnet werden, soll eine Besichtigung der getroffenen Einrichtungen durch die beteiligten Behörden stattfinden.

Lauf-Bekanntmachung des Magistrats ist des städtischen Volksbad am 12. Januar nicht möglich, weil der Reparaturarbeiten seit heute wieder für das Publikum geöffnet.

Alt-Wander-Vogel (Pund für Jugendwandler). Die hiesige Ortsgruppe veranstaltet am Sonntag den 13. d. M., abends 7/8 Uhr, im Saale des Restaurants „Reichskrone“ ein Winterfest. Durch einen Vortrag mit Lichtbildern soll den Eltern und Freunden des Wander-Vogels und denen, die der Wander-Vogel Bewegung noch fern stehen, gezeigt werden, wie die Jugend unserer höheren Lehranstalten in ihrer freien Zeit und in den Ferien auf gemeinsamen Wanderungen ihre Heimat und das deutsche Vaterland mit frohlichem Sing-Sang durchzieht. Durch einfache Lebensweise gelingt es den Wandervögeln die Fahrten so billig auszuführen, daß auch Minderbemittelte daran teilnehmen können. Kräftigung des Körpers, Erziehung zur Einfachheit, Selbstständigkeit und Kameradschaftlichkeit, sowie müheloses Kennenlernen von Land und Leuten sind wohl die augenfälligsten Vorteile dieses Wanderns. Daß der Wandervogel die richtige Bahn eingeschlagen hat, beweist sein stetiges Wachstum und die wohlwollende Würdigung, die er namentlich auch in Kreisen der Behörden, der Lehrer und Lehrer erhält. 12—13000 Schüler in etwa 300 Orten Deutschlands nehmen an den Wanderungen teil und sind beglückte Wandervogel. Durch Mitglieder des Bur das eingesehene Gäste sind zu diesem Feste herzlich willkommen.

Bei einer Übungsfahrt mit einem Motorboot auf der Saale gerieten heute vormittag 16 Kolonisten der hiesigen Lauerischen Gauschule in nicht geringe Gefahr. Kurz vor dem Fischgartenwehr verjagte die Pflicht der Motor des Fahrzeuges dieses trieb, da sich sowohl bei im Boot befindlichen Stangen wie auch die Kette des Ankers in dem hier ja 6 Meter tiefen Wasser als zu kurz erwiesen, unaufhaltsam dem raschenden Wehrdamme zu, auf dem das Boot unbedingt zum Kentern gekommen wäre. In der höchsten Not riefen die Unselben Hilfe an, die den Gartenarbeiter Franz Enke, der im Sonntaglichen Grundbesitz beschäftigt war, veranlaßten, schenken ihm einen auf liegenden Kahn zu bestiegen und den treibenden Motorboot die dringend erforderliche Hilfe zu bringen. Er warf den Gefährdeten eine Kette zu, die sie feilhielten und mit der es gelang, das Fahrzeug trotz der starken Strömung festzuhalten und vor dem Schlimmsten zu bewahren. Ein am Wehrdamme eingerammter Pfahl leistete dabei noch gute Dienste. Bei dem hohen Wasserstande war die Situation eine höchst gefährliche und hätten ohne das Eingreifen des braven Arbeiters Enke schwerwiegende Folgen entstehen können. (Eingefandt) Im vergangenen Sonntag vormittag beobachteten Spaziergänger an der hiesigen Eisenbahn ein Kind, das eine Schlinge nach sich schleifte. Für einen Tiererum erwidert das nicht gerade erfreuliche Gedanken. Die zahlreichen Fußgänger im neuen Schnee, die von einem Gesicht zum anderen führten, bemerkten, daß hier lebhaft am Morgen

gearbeitet wurde. Es wäre interessant, die Meinung eines Sachkundigen zu hören, ob infolge der hohen Fleischpreise solche Sonntagsbraten zu gestatten sind. Dann auch, ob das Fangen von Wild mittels Schlingen als Tierquälerei betrachtet werden muß.

Zum Wahlkampf im Wahlkreise Merseburg-Querfurt.

Die Stimmabgabe am Wahltag.

Da nach Vorschriften des Wahlgesetzes die Abstimmung pünktlich um 7 Uhr für geschlossen zu erklären ist, auch wenn sich noch Wähler im Wahllokale befinden, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, so wird dringend empfohlen, möglichst frühzeitig im Wahllokale zu erscheinen.

Liberaler Bauernpolitik.

so ist ein konservatives Flugblatt überschrieben, das jetzt unter Zustimmung des amtlichen Apparates auf dem Lande verbreitet worden ist. Angenehm wird verüht, den Redeweis zu fahren, daß nur die Konservativen und namentlich der Bund der Landwirte ein Herz für unsere Bauernschaft hat. Wir verweisen als beste Antwort auf den Artikel in der heutigen Nummer d. Bl. „Der Bund der Landwirte und der Liberalismus“. Wenn es galt, wie sich für den mittleren und kleinen Landwirt zu betätigen und ihn vor den Übergriffen und Anmaßungen der Großgrundbesitzer zu schützen, versagte der Bund der Landwirte stets. In ihm dominieren eben nur die Großgrundbesitzer, die Landwirte selbst sind gut als willige Gefolgssoldaten und bei Wahlen als gute und brave Wähler. Daher wird auch in dem Flugblatt, um nur dies herauszugreifen, das Jagdrecht erwähnt und man sagt den Liberalen nach, sie treiben damit kleinliche Schmeichelei. D nein! Gerade beim Jagdrecht hat der Bauer oft genug erfahren, daß dieses von den Konservativen gemachte Gesetz dem Großgrundbesitzer ein Recht sondergleichen zugestiftet. Wie oft ist der Bauer bei der Beschachtung der Leibräuber, wie oft steht er wehlagend an seinen vernichteten jungen Saaten, dagegen freut sich der feudale Jagdberr, daß seine Jagdfeinduren auf so prächtige und billige Weise gedeihen. Das bauernfeindliche Jagdrecht zeigt also am besten das ein kleiner und mittlerer Landwirt den konservativen Amtsträger nicht — oder wie er jetzt auf einmal aus Wahlmacht stürzt wird, „Bauerngutbesitzer“ — der doch von den Großgrundbesitzern aufgestellt worden ist, am 12. Januar nicht wählen kann. Vertreter der Bauern ist Güterbesitzer Koch.

William Koch

Sprach am Montag abend in Schleuditz vor annähernd 200 Personen. Der unparteiische Beobachter mußte hierbei feststellen, daß Koch sich als ein Redner entwickelt hat, der es mit jedem Gegner aufnehmen kann. Als er im Sommer v. Ja. hier auftrat, war man allgemein wenig befriedigt von ihm, er fand nicht so recht den Faden, der rein industriellen Bevölkerung von und zu Herzen zu reden. Anders jetzt. Koch ist ein politisch gereifter Mann, kampfbüchig gemacht in einem monatelangen mit Fähigkeit geführten Rededuell mit der rechtsstehenden Partei. Er stellt seine Gegner vollständig in den Schatten. Klug und sachlich, ohne Verschönerung, ohne den üblichen Hurrapatriotismus, regnete er sowohl mit Rechts als auch mit Links ab, legte nochmals das Programm der Liberalen dar und — öfters von Beifall unterbrochen — verzog es nicht, besonders hervorzuheben, daß die Liberalen Vaterlandsliebe und Königstreue befehlen, somit diese eine weite Kluft trenne von der Umfassungspartei, mit der Arm in Arm zu gehen die Konservativen vom Liberalismus behaupten. Nichts von alledem. Ein nationaler Bürger wird sich nicht so weit vergriffen. William Koch aber sei unser Wilhelm, ein Führer unentwegt.

Eine Mahnung!

Von sehr geschätzter Seite es schreibt man uns: Eingefandt.

An die konservative Parteileitung des Wahlkreises Merseburg-Querfurt. Hier sind stets am Tage vor der Wahl von konservativer Seite Flugblätter verteilt worden, die von Anwürfen gegen die Liberalen trotzen und mit Recht scharfe Verurteilung gefunden haben, da sie der Wahrheit widersprechen. Wir bitten, dahin zu wirken, daß dies unterbleibt. Wir wollen mit unseren liberalen Mitbürgern trotz aller politischer Gegensätze in Frieden leben, müssen wir doch im Falle einer Stichwahl zwischen Liberalen und Sozialdemokraten aus nationalen Gründen für den Liberalen stimmen. Anerkennen müssen wir die rein sachliche Kampfmethode der Liberalen und ihres sympathischen Kandidaten. Einige Konservativen.

§ Döllau, 9. Jan. Nachdem die Markt- und Klauenjuche hier erloschen ist, sind die in d. Ja. angeordneten Spermaeregeln wieder aufgehoben worden. § Schottener, 9. Jan. Durch den Ausbruch der Daul- und Klauenjuche hier ist sich unser Ort seit gestern in einen Sperbezirk verwandelt. Das übliche Beobachtungsgebiet bildet die Dittschitz Groß-Grafsdorf. Im Grundbesitz Niederloblitz auf begeben die Suche wieder erloschen.

Q. Ermlich, 8. Jan. Durch die Anglistik eines Einwohners wurde heute hier eine große Aufregung verursacht und die Polizei in Tätigkeit gesetzt. Ein Geschäftsführer von Einwohnern war hier in der Mühle gewesen, um Mehl und Kleie zu holen. Bei der Öffnung der Wagen auf der Heimfahrt ins Rathaus und fiel um. Der Führer, der nichts passierte war, spannte die Pferde ab und ritt nach Hause, da er allein nichts machen konnte. Der Einwohner von hier kam von der Arbeit, sah den Wagen liegen und einen Tod im Graben. Den Tod hielt er für den ermordeten Führer, in seiner Aufregung sah er auch die Pferde vor dem Wagen stehen. Er meldete dieses natürlich sofort. Die Behörden fanden aber nur umfängliche Gesichte. Auf telephonische Anfrage erfuhr man, daß der Führer mit seinen Pferden wohlbehalten in Einwohnern eingetroffen war.

8. Schaffstädt, 10. Jan. Am Sonabend nachmittags erfuhr auf dem hiesigen Polizeibureau der Weller Karl Heine und teilte mit, daß er in der Nähe von Großgörsdorf auf seine Geliebte, das Dienstmädchen Luise Günther aus Volkerode einen Schuß abgegeben habe. Er habe sich erziehen wollen, sei aber von seiner Geliebten aufgefordert worden, erst sie zu erziehen. Infolgedessen habe er einen Schuß auf dieselbe abgegeben. Die Günther, welche ihrem Gesteht bis ins Rathaus gefolgt war, hatte oberhalb des linken Schläfenkeins eine Schußverletzung und wurde die Kugel durch Herrn Dr. Weber entfernt, welcher die sofortige Überführung nach dem Krankenhaus in Merseburg, wie wir bereits gefahren meldeten, anordnete, wo sich die Verletzte auf dem Wege zur Besserung befindet. Der Heine, welcher hellunglos ist und auch keine Darmmittel befohl, will die Tat aus Verzweiflung begangen haben. Er wurde am Montag dem Amtsgericht in Leuchfeld zugewiesen.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 100 Jahren, am 9. Januar 1812, wurde Valencia durch die Franzosen eingenommen. Obwohl der Günstiger Napoleon schon rasche in Eilen begriffen war, und sich die Niederlagen zusehends mehrt, war der große Korps von ungleich großer Zahl erfüllt. Allerdings waren Oktober 1811 verschiedene Siege auf französischer Seite zu verzeichnen gewesen, jedoch der Mangel an wirklich guten Führern hatte sich sehr bemerkbar gemacht. Der einzige Krüppel, der in strategischer Beziehung hervorragendes leistete, war Suchet und ihm gelang es auch, am genannten Tage die Stadt Valencia, in die sich der spanische General Blazé nach seiner Niederlage bei Quarté zurückgezogen hatte, nach Valencia zu nehmen.

Am 10. Januar 1827, also vor 65 Jahren, starb der bekannte Industrielle Samuel Gold in Hartford. Gold hatte eine sehr bewegte Jugend hinter sich, denn im Alter von 14 Jahren entließ er die Schule und ging als Schiffsjunge nach Ostindien. Auf der Reise erkrankte er an Malaria, wodurch er zurückgekehrt, nahm er sein erstes Patent und errichtete eine Seidenfabrik in Battersburg in New-York. Anfangs wollte das Unternehmen nicht recht florieren und erst während des mexikanischen Krieges verbelebte sich seine Lage, infolge eines größeren Lieferungsvertrages seitens der Regierung zusehends. Gold konzentrierte sich auf die Seidenfabrik, welche 1848 seinen Genuß und ihre Inseln einerseits und New-York andererseits gelegt worden ist.

Wetterwart.

11. Jan. Bismlich better, meist trocken, freigerer Frost. 12. Jan. Zeits betteres, teils miltiges, meist trod n.s. Wetter mit ziemlich strenger Kälte.

Vermischtes.

* (Zu den Massenvergiftungen in Berlin.) Zu der Vergiftung der Odbadischen wird mitgeteilt, daß die Schankwirtschaften, die die Kriminalpolizei wegen Ausstoßens von methyloalkoholhaltigen Getränken geschlossen hatte, jetzt wieder geöffnet sind. Vorher hatte man sie gründlich säubern lassen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach anderen Wirtschaften, die Methyloalkohol hielten, geht immer noch weiter. Es wurde auch schon eine Reihe von Wirten ermittelt, die gleich den anderen die gefährliche Flüssigkeit in ihren Mischungen verwendeten. Sie hatten aber ihnen keine tödliche Wirkung beizutragen bekommen. Die Frage, ob die Vergiftungen im städtischen Odbad auf verälfchten Schnaps oder — wenigstens zum Teil — auch auf verorbene Wäldlinge zurückzuführen sind, darf nach den Ausführungen, die der Gesundheitsrat Prof. Dr. Straßmann in einer Sitzung des Vereins für innere Medizin in Berlin machte, als entschieden gelten. Prof. Straßmann nimmt für alle Fälle eine Vergiftung mit Methyloalkohol an. Der Odbadische Befund, so wenig sicher er bei derartigen Vergiftungen ist, hat doch gewisse Veränderungen ergeben. Die sehr miltige eine Menge mit Methyloalkohol aber nicht auf die Wirkung eines Süßholzes zu beziehen sind. Aber dies ist soeben von drei verschiedenen Stellen, dem Kaiserlichen Gesundheitsamt, dem Pathologischen Institut und dem Gerichtschreiber Friedrich Mühlhölzer im Namen der Veldern nachgewiesen worden. Weiterhin sprechen die Fälle mit Geruch nach dem Schnaps vorliegenden sind, für Schädlich durch Methyloalkohol. Wenn man das alles zusammenfaßt und dazu die Beobachtungen im Krankenhaus nimmt, so muß das Bild als ein einheitliches gelten; und wenn auch noch nicht alle Untersuchungen abgeschlossen sind, so muß man nach menschlichem Ermessen annehmen, daß hier lediglich eine Vergiftung mit verälfchten Schnaps vorliegt. (Prof. Straßmann.) Aus Lyon wird gemeldet: Durch ein großes Schandenerbe wurde nachts die Papeterwarenfabrik der Firma Lhouard u. Pelosand in

St. Laurent du Pont vollständig eingestürzt. Der Schaden beträgt ungefähr 750 000 Franken, ist aber durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht bekannt, doch vermutet die Polizei, daß es sich um die Brandstiftung eines entlassenen Arbeiters handelt. In dem Werk Lhouard am Diensta in Gebäude der Equitable Lebensversicherungsgesellschaft am Unteren Broadway durch ein Versehen des Hausmeisters bei der Bedienung der Zentralheizung Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Gebäude mit Qualm erfüllte. Da die Fabrikfabrik unbrauchbar geworden waren, mußte die Feuerwehre mit großer Mühe die Personen aus der oberen Stockwerke in Sicherheit bringen. Die Personen wurden umgarmen. Viele wurden schwer verletzt. Das Gebäude brannte nieder.

* (Eigentlicher Unfall auf dem Flugplatz Johannisthal.) Johannisthal, 9. Jan. Als heute nachmittags 2 Uhr der Leutnant Kesse, ein Schüler der Pächterwerke, auf dem Flugplatz an dem Schuppen der Flugzeugfabrik vorüberging, ließ sich eine Klappe des Schuppens, und die Tür begrub den Offizier unter sich. Die Monteur elten hinzu und brachten den Offizier, der das Bewußtsein verloren hatte, nach dem Sanitätsraum. Hier stellte der Arzt eine innere Verletzung fest. Leutnant Kesse erlangte das Bewußtsein wieder. Ob er tatsächlich innere Verletzungen erlitten hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Er wurde nach seiner Berliner Wohnung geschafft.

* (Die Erdbeben in Hohenalza.) Der Rest des durch einen Erdbeben am 7. November u. J. in Hohenalza eingestürzten Hauses ist jetzt auch in die Erde gesunken. Der Wo-lall ereignete sich in der Sonabendnacht und führte durch das Gebäude die Einwohner aus dem Schlafe. Das Gebäude hat sich um 8 Meter vergrößert. Die Verstorbenen zur Gründung des Untergrundes vor der eingestürzten katholischen Marienkirche sind bis auf 180 Meter Tiefe gelangt.

* (Erdlicher Automobilunfall.) Diensta vormittags wurde ein Automobil der Firma Schmidt in Zeitz an dem Behälterboden übergegangen, nachdem aus Dresden kommenden D. Buge erkrankt und 220 Meter weit gefahren. Der einzige Insasse, Chauffeur Hermann Baegold, wurde mitgeteilt und sofort getötet. Ein Verfall des Fahrpersonals liegt nicht vor. Das Automobil, das sich auf einer Probefahrt befand, wurde durch die gefallene Schwarte vermutlich infolge Verwechslung der Bremsen erkrankt.

* (Unter einer Lampe begraben.) In Wolmeiner bei Gamburg wurde ein Haus von einer Lampe fortgerissen. Von den Bewohnern wurden dreigötter.

* (Gasexplosion.) Wie aus London gemeldet wird, richtete in Harting durch die Explosion eines Gasbehälters ein großes Feuer und ein großer Schaden an. Die Explosion ereignete sich um 2 Uhr nachmittags, als nur wenig Leute in den Gaswerken anwesend waren. Ein Hagel von Eisentrümmern ging über die Nachbarstadt nieder, welche eine Anzahl Personen und richtete großen Schaden an den Gebäuden an. In der Gasfabrik gerührt hatte, und eine unebene Wasserfläche ergoß sich in die angrenzende Straße. Den Gaswerken gegenüber lag eine Wirtschaft, deren Besitzer sich bei dem furchtbaren Getöse in dem Glauben, es handle sich um ein Erdbeben, mit Frau und Kinder in den Keller geschickt hatte. Als man aber dort das Wasser mit rasender Geschwindigkeit floß, suchte er das Freie zu gewinnen. Im seiner Frau und seinen Kindern gelang es auch, aber das Dienstmädchen wurde von der eindringenden Flut von der Treppe geschwemmt und ertrank. Zahl alle Häuser in der Beliefstraße litten mehr oder weniger Schaden, während die Bewohner meist mit dem Schrecken davonkamen. Viele Häuser begannen zu brennen und mußten geräumt werden. Nachts lag ein großer Teil Nottingham in Finsternis, weil das Gas nicht zur Beleuchtung ausreichte.

* (Großer Brand in Newport.) Das große Geschäftsgedäude der Equitable Life Assurance Company auf der Broadway in Newport ist niedergebrannt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind fünf Personen umgarmen.

* (Verhängnisvoller Eisenbahnzusammenstoß in Amerika.) Zwei Züge der Canadian Pacific-Eisenbahn sind bei Terrebonne in voller Geschwindigkeit aufeinander gestoßen. Nach einer heftigen Kollision wurden die Züge in Montreal angekommen sind bei einem in der Nähe von Montreal erfolgten Eisenbahnunfall auf der Canadian Pacific Eisenbahn drei Passagiere getötet und sechzehn verletzt worden.

Gegen die übertriebenen Spionagemeldungen aus Wilhelmshaven wendet sich die Wilhelmshavener Zeitung. Sie schreibt: In Hamburg ist, wie gemeldet, im Wartesaal 1. Klasse — von einem Taschendiebe im wahren Sinne des Wortes — eine Tasche entwendet worden, deren Inhalt aus einem Wilhelmshavener Sparfaltenbuch, Mitgliedskarte u. a. m. bestand. Hier geht man annehmend davon aus, daß es sich um einen Wilhelmshavener Sparfaltenbuch handelte, um diesen an sich bedauerlichen, aber doch wenig anregenden Vorfall in den ungläublichen Aufzeichnungen mit der Spionagesache Glanz in Verbindung zu bringen. In dieser entwendeten Tasche sollen sich natürlich die auf die Angelegenheit Glanz bezüglichen Akten zu einem dort am 12. März d. J. an dem betreffenden Mann, und um die Sache glaubwürdiger zu gestalten, läßt man mit diesen Akten einen Marineoffizier über Hamburg-Kiel nach der Reichshauptstadt fahren. Auch dem Letzen wird es ohne weiteres verständlich erschein, daß das Reichsministerium für dieses Vergehen nicht die zuständige Stelle ist, und daß es eine Zuständigkeit aus prinzipiellen Gründen nicht haben kann. Haupt abnehmen müßte. Wie wir von zuständiger Seite ermäßigst werden, ausdrücklich mitteilen, beruht die Angabe, daß sich in der gestohlenen Tasche die Akten Glanz oder sonst auf Spionage bezügliche Schriftstücke befinden haben sollen, auf freier Erfindung. Derartige Meldungen sind nur geeignet, die Sach nach weiteren Gerüchten zu nähren und hinter jeden an sich notwendigen Vorfall ein Ereignis weittragender Bedeutung wittern zu lassen. Außerdem, können aber die Spionage treibenden Elemente durch Aufführung und angeblich drohender

Gefahren auf Punkte hingewiesen werden, die ihnen bis dahin entgangen sind oder mehr als nebenbei erwähnt werden, und damit würde wiederum das Gegenteil von dem erreicht werden, was man vielleicht von Glanz empfinden will. In der ganzen Angelegenheit ist also wohl, daß der Versuch eines Landesverrats gemacht worden ist, daß dieser Versuch aber von den Behörden rechtzeitig vereitelt wurde und daß nur eine geringfügige, feineswegs abgeschlossene Sache entwendet ist. Man dürfen sich wohl ohne weiteres von den maßgebenden Stellen erwarten, daß das oben abgehandelte gesammelte Material, im letzten Augenblicke entsprechend geändert worden ist und so für die „bekräftigte“ Nacht, der etwas in die Hände gekommen sein sollte, seinen Wert mehr hat.

Feuerbrünste. Berlin, 9. Jan. Heute vormittags brach in der Patentfabrik von Max Zieg ein großes Schandenerbe aus. Gegen 8 Uhr bemerkten Arbeiter aus der Fabrik der im dritten Hof des umfangreichen Grundstücks gelegenen Fabrikträumliche Rauch bringen. Bald darauf schlugen auch aus einem der Lagerräume helle Flammen heraus, die im Ru das leicht entzündliche Ventilationsmaterial ergreifen hatten. Die Feuerwehre entsandte zwei Löschzüge, die mit vier Schläuchen im Bereich teilweise sogar mit sechs Leitungen Wasser gegen mußten, ehe das Feuer gelöscht war.

Uon 9. Jan. Durch ein großes Feuer wurde in der letzten Nacht die Papierwarenfabrik der Firma Lhouard u. Pelosand in St. Laurent-du-Pont eingestürzt. Der Schaden beträgt ungefähr 750 000 Franken, ist aber durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht bekannt, doch vermutet die Polizei, daß es sich um die Brandstiftung eines entlassenen Arbeiters handelt.

Newport, 9. Jan. Das große Geschäftsgedäude der Equitable Life Assurance Company auf dem Broadway ist niedergebrannt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 5 Personen umgarmen. Das niedrige Geschäftsgedäude lag im Mittelpunkte des Finanzviertels. In den Räumen befanden sich auch die Zentralverwaltungen der Harriman-Eisenbahnen und die Firma August Belmonts sowie verschiedene Zeitungsstellen zur Annahme von Depeschen und Aufhängen von Wertpapieren. Mehrere Millionen Dollars enthielten. — Newport, 9. Jan. Das Equitable-Gedäude glück ohne Stunden nach dem Ausbruch des Feuers, das im Restaurant des Erdgeschosses ausbrach, einem flammenden Höhepunkt. Die Feuerwehre mußte sich daran beschränken, ein weiteres Ausbreiten des Feuers zu verhindern. Die Feuerwehre ging von den Tritten der benachbarten Hochhäuser aus, der Wasserleitung aus den auf die Hochhäuser traher hinausgeführten Schlauchleitungen war ebenfalls wirkungslos. Das Geschäftsgedäude in der Nachbarstadt des Feuers ruhe während des Brandes, da es den Angestellten unmöglich war, ihre Geschäfte zu erledigen. Die Sachschaden wird auf 75 Millionen Dollars geschätzt. Die verschiedenen Sicherheitsgewölbe sind unversehrt. Drei Wächter traten betend nieder, sprangen dann auf die Straße und blieben mit geschmeterten Gliedern tot liegen. Von der Straße aus wurde ein Mann bemerkt, der zwischen den Trümmern eingeklemmt war, es war unmöglich, ihm zu helfen.

Neueste Nachrichten.

Delcasse Minister des Auswärtigen.

Paris, 10. Jan. (Telegr.) Der bisherige Marineminister Delcasse hat das Portefeuille des Ministers des Auswärtigen angenommen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur wird zu folgender Erklärung ermächtigt: Die Gerüchte, in Bezug auf die China Expeditionen bezüglich der Mowale gerichtet und bereitete ihre Verlesung vor, sind völlig aus der Luft gegriffen. — Na, na!

Glogau, 10. Jan. Letzte Nacht erfolgte in Schussenz der Landwehrschon Gertz nach einem Streite seinen betagten Vater und jündete darauf das Anwesen an, wobei er selbst in den Flammen umkam.

Duisburg, 10. Jan. Der Haveln ist innerhalb 24 Stunden um 1 1/2 Meter gesunken. Zu Mühlengängen der Ruhr bringen die Bewohner das Vieh in Sicherheit.

New-York, 10. Jan. Der durch den Brand im Equitable-Gedäude angelegte Sachschaden wird nach neueren Schätzungen auf 15-20 Millionen Dollars angegeben. Etwa 500 Millionen Schatzscheine sind in den Sicherheitsgewölben eingeschlossen. Viele Banken und Wallstreetern haben ihre Geschäfte geschlossen. Eine Million Anleihen und Aktien der Gesellschaft ist vernichtet. Neue Straßen des Stadtviertels sind abgebrannt. Die Keller der benachbarten Banken sind überflutet.

Gegen 2 Uhr mittags war der Brand des Equitable-Palastes bis auf die Ruine verbrannt. Die Flammen dort verbrannten, man mit 20 Schlauchleitungen die Flammen zu unterdrücken. Es war ein klarer Wintertag. Ein erster Nordwest dürfte die Straßen. Die Straßen um das Gebäude hatten von Eis. Trotz des unersättlichen Sturmes undrängen Tausende den Brandplatz. Die genaue Totenliste ist noch nicht bekannt.

Charlton, 10. Jan. Ein Eisenbahnwagen, der die hiesige Gegend entlang fuhr, hat große Verwüstungen angerichtet, während einmüßig und über abgerissen. Die Straßenbahn hat den Verkehr eingestellt. Die Eisenbahnzüge erleiden Verwüstungen.

Produktenpreise in Leipzig am 9. Januar.

Weizen behauptet	190-208 ba. B	Gerste, Braun-	211-223 ba. B
inländisch	190-208 ba. B	feinere über Notz	211-223 ba. B
feinere unter Notz	190-208 ba. B	Saunperle	230-243 ba. B
Argentin	235-245 ba. B	feinere über Notz	211-223 ba. B
Milchstein	235-245 ba. B	Wahl- und Futterweiz	70 bis 100 ba. B
Manitoba	235-245 ba. B		
Hoagen behauptet	185-190 ba. B	Safer behauptet	inländisch 185-190 ba. B
inländisch	185-190 ba. B	ausländisch	202-218 ba. B
Polener	192-195 ba. B	ausländisch	194-201 ba. B
		— Wehlpreise in Leipzig am 9. Januar	Weizen 22
		Nr. 00 28,50-29,00 Mk.	Vogelweizen Nr. 1 28,25 Mk
			26,75 Mk per 100 Kg.

Öeffentliche politische Wähler-Versammlung

Donnerstag den 11. Januar 1912, abends pünktlich 8 Uhr, im großen Saale des „Tivoli“.

Redner:

Reichstagskandidat der vereinigten Liberalen Gutsbes. **William Koch-Unterfarnestedt.**

Ein Wort in letzter Stunde.

Libérale Wähler in Stadt und Land! Erscheint zu dieser Versammlung in Massen.
Alle nationalen Reichstagswähler sind eingeladen.

Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins | A.: E. Hartung, Gotthardtstrasse.

Philharmonie.
Unser Verein veranstaltet **Sonntag den 11. Februar** in den Räumen des „Strandschlösschens“ einen
Maskenball,
worauf auch Nichtmitglieder teilnehmen können. Näheres durch spätere Annoncen.
Der Vorstand.



Biehfalz
empfiehlt
Eduard Klauß.

Masken- Garderobe.
Zu bevorstehenden Maskenbällen erlaube ich mir, meine elegante Herren- und Damen- Maskengarderobe in empfehlende Erinnerung zu bringen. Auch nehme ich Bestellungen auf neue Kostüme an.
W. Krause, II. Altenb. 8.

Mitteldeutsche Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigfiliederlassung **Merseburg.**
Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung, An- u Verkauf v. Wertpapieren, ausländischer Geldsorten, Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen, Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen, Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks. Beteiligung an börsenmäßiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslosung. Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Beschaffung u. Unterbringung von Hypothekengeldern, Annahme von Paketen, Kisten und dergl. als verschlossene Depots unter gesetzmässiger Haftung der Bank, Vermietung von Schrankkabinen in feuer- und diebesicherer Tresoranlage.

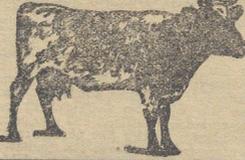
Der Vaterländische Frauen-Verein Merseburg-Stadt
eröffnet
am Montag den 15. Januar, um 12 Uhr mittags, in den neu erbauten Räumen des Vereinshauses, Geisnerstr. 1, eine
Volksküche.
Dieselbe wird bis auf weiteres, mit Ausnahme des Sonntags, täglich von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr geöffnet sein.
Es werden schmackhafte, gekochte Speisen zu folgenden Preisen verabfolgt werden:
eine halbe Portion ohne Fleisch (nur zum Genuß an Ort und Stelle) 5 Pf.
eine ganze Portion ohne Fleisch 10 Pf.
eine halbe Portion mit Fleisch 15 Pf.
eine ganze Portion mit Fleisch 20 Pf.
Die Speisemarken sind an der Kasse der Volksküche im Vereins Hause zu haben.

Lichtbad Helios
Merseburg,
Reichenstr. 9 Tel. 520.
Elektr. Lichtbäder.
Erfolge: Kurverfahren bei Rheumatism., Ischias, Gicht, Influenza, Asthma, Luftdruckent., Herben, Haut-, Blasen-, Blaugicht.
Täglich auch für Damen offen. Sonntags 8-1.

Große süße
Apfelsinen,
Dgd. 45 Pf., empfiehlt
W. Schumann, Unt.-Altenburg Str. 37.

Ausgefämmtes Damenhaar
kauft
Alfred Kluge, Friseur.
Lahnbofstraße 10.

Mehrere große Transporte allerbesten junger schwerer hochtragender u. neuemilchender
Rühe
sind bei mir eingetroffen
L. Nürnberger,
Merseburg. Telephon 24



Nicht nur in
Kaffee
sondern auch in
Cacao und Tee
lieferer ich das Beste zu billigen Preisen
Paul Müller,
vormals Adolf Schüfer,
Eutenplan 7.

Ritter Flügel Pianos
begründen ihren Weltfruch durch
gebligene Arbeit,
grossen vornehmen Ton und
äusserste Widerstandsfähigkeit
Filiale Merseburg, Obere Burgstrasse, Vertr.: Rud. Weckert

Planoforte-Fabrik
Grossh. Sägs. Hoflieferant
Halle a. S.
Gegründet 1828

Unser **Kehr aus**
beginnt
Sonnabend den 13. Januar, früh 8 Uhr
Sie werden über unsere sensationell billigen Preise staunen.
Gebrüder Goldmann.
Beachten Sie unsere weiteren Inserate.

Zweite Beilage.

Der Großgrundbesitzer als Steuerzahler.

Dem „Deutschen Bauernbund“, dem Organ des deutschen Bauernbundes, werden von einem Vertrauensmann folgende Angaben gemacht mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß er dafür volle Verantwortlichkeit übernimmt.

Herr Rittergutsbesitzer Siemens aus Cunjow, Vorsitzender des Verordnungs-Komitees, besitzt ein Rittergut und vier angebaute Bauernhöfe mit zusammen über 600 Hektar. Er zahlte früher 192 A Einkommensteuer. Im vorigen Jahre aber wurde seine Einkommensteuer auf 104 A ermäßigt. Diese entfielen einem Hofeinkommen von 4500 A.

Herr S. besitzt für einen verpachteten Gasthof 1800 A Miete. Sein formales Einkommen ist, so schreibt unser Vertrauensmann, im Verhältnis zu dem, wie aus dem Wohnort der Wohnung angesetzt wird, mit 2000 A Mieteertrag nicht zu hoch geschätzt. Dieses Mieteinkommen von zusammen 8800 A abgezogen, bleiben noch 700 A aus den 600 Hektar herauszuwirtschaften. Ob Herr S. verpachtet ist oder nicht, weiß unser Vertrauensmann nicht. Er hat nur einmal an dem Boden, das 50 A, mit einer halben Million verpachtet worden. Dann hätte Herr S. einen Zinsfuß von 4% Prozent weitere 25000 A Zinsen herauszuwirtschaften; im ganzen also 23200 A aus 600 Hektar oder nicht ganz 39 A aus einem Hektar. Unser Vertrauensmann schreibt: Mit 17 der Meintrag von 15,17 Hektar mit 1600 A, also von einem Hektar mit etwas über 100 A angesetzt, der in einem Großbesitzer, und trotzdem auch ein Bauer nicht, an dem Herrn S. ist mindestens ebenso gut wie der, den ich besitze. Die Gebäude des Herrn S. sind im allerbesten Zustande und mit allen modernen Einrichtungen ausgestattet, wie wir Bauern uns das nicht leisten können. — Herr S. gibt hiermit also zu, daß es uns Bauern möglich sein soll, fast mit den dreifachen Reinertrag zu erzielen, den in einem Großbesitzer. Und trotzdem kann er auch nicht an, um einen Wert immer noch zu vergrößern, auftritt sein Rittergut in rentablen Bauernhöfen aufzulösen. Es könnten auf diesen 600 Hektar 30 bis 40 Bauern mit je 15 bis 20 Hektar schaft gemacht werden und es wäre nicht nötig, polnische Arbeiter einzuführen. Die Stellung an direkten, wie noch mehr an indirekten Steuern, würde eine ganz bedeutende sein. Oder wird die Steuerfrage bei uns Bauern um soviel härter angesehen?

Der Nachwuchs im Handwerk.

Es ist genug bekannt, daß heute in Deutschland eine starke S. - Abnahme besteht, daß viele Meister nur nicht so viele Lehrlinge erhalten, wie sie zum Fortbestehen des Handwerks und daß von einer Anzahl erst recht nicht die Rede sein kann. Der Grund davon ist, daß die „Sticht“ aus dem Handwerk“ zu dem Schicksal der Vergangenheit geworden. Die Lehrlinge sind nicht mehr die Lehrlinge, sondern Berufsleute. Ihre Erziehung ist schon genug gegeben und geübt worden. Es wird daher in der Zukunft mehr darauf ankommen, auf Mittel und Wege zu finden, um diesen ganz unberechtigten Stand aus einem großen Stande, der auch heute noch blühen kann und muß, der für unsere Volkswirtschaft von der größten Wichtigkeit ist, nach Möglichkeit zu heben.

Auch die Behörden sind sich der Bedeutung der Lehrlingsnot im Handwerk bereits bewußt geworden und haben in einzelnen Ländern schon praktische Hilfe gewährt. Sehr häufig trägt die finanzielle Notlage der Familie am meisten dazu bei, daß sich der Schichtlose nach Austritt aus der Schule nicht dem Handwerk zuwendet, auch wenn Neigung und Begabung vorhanden sind, sondern als Landarbeiter, Fabrikarbeiter oder Lagerhelfer auf dem Lande gleich zu erwerbenden Tätigkeiten. Die Verhältnisse liegen tatsächlich oft so, daß der Junge schmerzlichen Herzens aus einer Lehrlingsstelle vertrieben muß, um für die Familie mit verdienen zu helfen. Deshalb haben die Ministerien von Sachsen und Württemberg z. B. Summen ausgesetzt, die als Prämien für die Meister, die Lehrlinge ausbilden, bestimmt sind oder den Eltern als Unterstützung gegeben werden. Nebenfalls wäre die letzte Verwendung des Geldes bei weitem vorzuziehen. In den meisten Fällen wird da jetzt von den Schülern schon kein Vergeß mehr erhoben, je die Fälle nicht selten, wo der Lehrling schon von den Meistern ein paar Großen Taschengeld geschenkt werden.

Die Jugendpflege, die mit ihrer Mitarbeit nun allenthalben einsetzt und an vielen Orten auch schon eine Menge praktischer Erfolge zu verzeichnen hat, steht auch im Handwerk in hoher Beachtung. Sie will sich mit den Meistern nicht nur in der Erziehung des heranwachsenden jungen Menschen teilen, sondern ihnen auch Lehrlinge zuführen. Das geschieht durch die Lehrstellenvermittlung, die entweder als selbständige Organisationen oder Sonderkommissionen der Stadtvorstände für Jugendpflege ins Leben gerufen werden. Es kommt hierbei vor allen Dingen darauf an, daß Schule und Innungen verständnisvoll miteinander arbeiten. Lehrer und Handwerker müssen einer solchen Kommission angehören. Die Schule darf nicht vor allen Dingen nicht an der nötigen Aufklärung fehlen lassen; sie muß eindringlich auf die Bedeutung des Handwerks, auf seine Erwerbskraft und Ausblick hinwirken. Von Innungen sind es auch jene, wenn Maßgelder, mit die Berliner Handwerkerkammer eins herausgegeben hat, durch die Schüler den Eltern in die Hände gegeben werden. In welcher Weise dann Angebot und Nachfrage praktisch erledigt werden, das wird Sache der Lehrstellenvermittlung sein, zu denen außer der Handwerkerkammer auch, besonders Lehrer gehören müssen, die einen guten Willen für die gute Sache haben. Unerlässlich für das Gelingen ist auch die Verbindung der Lehrstellenvermittlung mit der betreffenden Handwerkerkammer, da durch beide Instanzen auch für die Knaben geleistet werden kann, die entweder in eigenen Orte keine Stelle mehr erhalten oder grundsätzlich nicht beschaffen werden können. Von niederen Schichten des Volkes jedes Interesse und jedes Verständnis für die Berufswahl des Knaben, sehr häufig lernt der Junge seinen Beruf aus purer Gewohnheit. Auch in dieser Richtung werden die Lehrstellen-

vermittlung mit der Zeit praktische Einzelsorge zu treiben haben.

Noch läßt sich über die Erfolge der Lehrstellenvermittlung kein zahlenmäßiges, umfassendes Bild geben. Die Einrichtung ist ja in vielen Orten erst im Entstehen begriffen. Aber das Licht ist als ganz gewiß bekannt, daß durch diese Organisationen schon jetzt recht lehrreich bewirkt wurde und daß hier ein Mittel gegeben ist, das wohl dazu angetan ist, die Lehrlingsnot im Handwerk erfolgreich mit zu bekämpfen.

Landesversicherungsaussch. Sachsen-Anhalt.

(Eigenbericht.)

Aus dem zur Ausgabe gelangenden Bericht der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zu Merseburg für das Jahr 1910, der an verschiedenen Stellen auch Bezug auf das erste Halbjahr 1911 nimmt, entnehmen wir, daß sich der Vorstand außer den sieben Beamten noch aus je einem Vertreter der Versicherten und Unternehmern zusammensetzt. Das Büropersonal besteht aus 134 (1909: 128) Personen. Daneben sind noch 17 Beamte für die Schiedsgerichte und ein Beamter bei der Selbstkassette beschäftigt. Als Kontrollbeamte fungieren 38 Personen. Ein Oberkontrolleur ist seit dem Ende des Jahres 1909 tätig, um die Geschäftsführung der Kontrollbeamten zu übernehmen. Die Zahl der Geschäftseingänge betrug 186600 (172389), der Ausgänge betrug 239228 (225932). Es wurden neu bemittelt: 884 (766) Alters-, 5040 (5500) Invaliden- und 739 (448) Krankentage. Dagegen kamen in Bezugsfall 1150 (1245) Alters-, 4342 (4940) Invaliden- und 438 (424) Krankentage. Im Durchschnitt belief sich der Betrag der Altersrente auf 150,05 (148) M., der Invalidenrente auf 151,65 (146,56) M., der Krankentage auf 165,28 (157,72) M. Der Bericht gruppiert die Rentenempfänger nach Berufsarten. Hiernach entfallen von den überhaupt bezugsfähigen Renten 42,4 (42,48) Prozent auf die Industrie einschließlich Bergbau und Bauwesen, 32,1 (31,1) Prozent auf Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft, 8,59 (8,85) Prozent auf die häuslichen Dienstleistungen und Lohnarbeit wechselnder Art, 5,0 (5,1) Prozent auf Staats-, Gemeinde-, Kirchen-, Dienst-, auch sogenannte freie Berufsarten und 3,41 (3,45) Prozent an Dienende für häusliche, nicht gewerbliche Zwecke, d. h. die in der Haushaltung ihrer Verschaffung dienenden.

Es ist festzustellen, daß im Jahre 1910 die Abwanderung von jugendlichen Versicherten in die Bezirke anderer Anstalten größer gewesen ist, als die Zuwanderung in anderen Anstaltsbezirke. Die Industriebezirke des Westens (Abteiprovins, Westfalen, Hannover, Hessen-Nassau), während die Zuwanderung vorwiegend aus den östlichen Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesiens stattfand. Die bedeutende Abwanderung nach Brandenburg ist wohl hauptsächlich in der Vororte von Berlin erfolgt.

Von der Selbstversicherung wurden, wie die geringe Anzahl der eingehenden Karten zeigt, noch recht wenig Gebrauch gemacht. Bis Anfang Juli 1911 sind von 2265 Selbstversicherern 8822 Stück ganze Leittungsarten eingeleistet worden. Rückzahlungen beim Beitragsaufhören erfolgten an 372 (378) weibliche Versicherte, die sich versicherten, an 26 (26) durch Unfall dauernd erwerbsunfähige Personen und in 1890 (1903) Fällen an Hinterbliebene. Im Berichtsjahre waren sämtliche Arbeitgeber in 1049 (81) Fällen zu verurteilen, in 1602 (1388) Fällen waren Geldstrafen in einer Summe von 6838 (7377) M. zu verhängen, da die Arbeitgeber ihrer Verpflichtungen nicht nachgekommen waren. Die Ertragschwankungen aufweisen 1 M. und 150 M. Für das Halbjahr wurden insgesamt 917589,47 M. (809940,65 M.) ausgegeben. Seit dem Jahre 1906 ist diese Summe um nicht weniger denn 571 438, 2 M. gewachsen. Im Jahre 1910 wurden von 4655 (3977) Anträgen, die die Übernahme des Selbstverfahrens betrafen, 3019 (2589) durchgeführt und somit das Selbstverfahren übernommen und abgeschlossen. Es waren 1598 (1440) Männer und 775 (654) Frauen in ständiger und 404 (290) Männer und 244 (159) Frauen in nicht ständiger Selbstbehandlung. Auf die ständigen Selbstbehandlungen kamen in Durchschnitt 70 (71) Verpflegungstage auf die Person, die Kosten beliefen sich pro Tag auf 5,02 (4,90) M. Auf Jungenschwindsucht entfielen bei Männern 1214 (1114) und bei Frauen 611 (444) Fälle auf andere Krankheiten bei Männern 474 (326), bei Frauen 262 (210) Fälle. Aus der Selbstkassette Schiold wurden 565 (571) als erwerbsfähig, 41 (31) als erwerbsunfähig entlassen, 2 Kranke sind gestorben. Von 664 Kranken wurden 56 innerhalb der ersten vier Wochen der Kurzeit als ungenügend entlassen. Zur Beseitigung der Tuberkulose ist die Anstalt dem Deutschen Zentral-Komitee zur Bekämpfung der Tuberkulose mit einem Jahresbeitrage von 50 M. und dem Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht in der Provinz Sachsen und dem Versoatium Unhalt mit einem Jahresbeitrage von 200 M. als Mitglied beigetreten. Es erkrankten ferner die Kontrollbeamte während der Bekämpfung der Tuberkulose in Halle, Erfurt, Dessau, Naumburg und Giebenerba jährliche laufende Beiträge in Gesamtbeträge von 5000 M.

Der Verein in Halberstadt hat die Frage, in welcher Weise am zweckmäßigsten die aus den Krankheitsfällen als geschickt oder ungeeignet entlassenen Kranken möglichst wieder zu ordentlichen Erwerb geübt werden können, durch Einrichtung einer gärtnerischen Arbeitsstelle zu lösen verurteilt. In die nächst für jährlich 20 Rentenempfänger bestimmte, 10 Morgen Land umfassende Arbeitsstelle werden die entlassenen Kranken auf die

Zeit von 3 Monaten eingewiesen. Die Anstalt unterstützt die Einrichtung mit einem jährlichen Zuschuß von 1000 M. Den Vorkoststellen für Langenfranz in Halberstadt, Halle, Magdeburg, Suhl, Weiskensfeld, Stendal, Merseburg, Götzen und Nordhausen und solchen für die Landkreise Querfurt, Wittenberg, Wittenberg und Halberstadt Zuschüsse wurden jährliche Beiträge im Berichtsjahre in Höhe von 8800 M. zu teil. Im Krankenhause zu Merseburg ist eine Beobachtungs-Heilanstalt für Langenfranz eingerichtet. 1910 wurden 168 Männer und 78 Frauen beobachtet, von welchen 49 als für ein Selbstverfahren in einer Augenheilkunde nicht geeignet erachtet wurden. Im Kostenentstand der Beobachtungsanstalt für 3221 Verpflegungstage wurden 4911,25 M. (1909: 5817,92 M.) aufgewendet. Die Beobachtungsstätten Götzen bei Halle, Halberstadt, Magdeburg und Dessau empfingen insgesamt 691 (6107) M. Das Erholungsheim Köditz bei Berna (31) ist 1910 in Betrieb gekommen; es hat 167382 M. Kosten verursacht. Es fanden 98 Männer Aufnahme und erforderte eine Mehrausgabe von 21564,67 M. Für 83 Männer und 37 Frauen wurde Invalidenfürsorge übernommen, für welche die Anstalt einen Zuschuß von 25 412,64 M. zu leisten hatte.

Der Marleneiß betrug 1891 3 362 216,65 M., 1910 dagegen 5 538 708,28 M. Das Vermögen beziffert sich für 87 981 133,31 M. (-4 540 456,02 M. gegen 1909). An Arbeitermehrfahrtsarbeiten wurden 2000 000 000 M. veranschlagt. Bis Ende Juni 1911 wurden 19 Rentengüter mit insgesamt 106 225 M. befreit. Bis Ende 1910 hatte die Anstalt für gemeinnützige Anlagen überhaupt hergegeben 18 988 128 M. Die Verwaltungskosten betragen 1910 1 918 131,13 M. Die Kosten der einzelnen Kontrollstellen betragen 121 202,91 M. und stellen sich in Prozenten der Beitragssummen auf 1,40 Prozent.

Volkswirtschaftliches.

Deutschland und die Schweiz. Als ein Gradmesser für die wirtschaftliche Bedeutung und die Vielfältigkeit der Beziehungen zweier Staaten zueinander kommen wesentlich die Zahlen des Waren- und Dienstleistungsaustausches zwischen ihnen in Betracht. Nachdem die Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland vor kurzem die amtlichen schweizerischen Statistik feststellte hatten, daß der Gesamtumsatz an den Waren zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich mehr als doppelt so stark ist wie der zwischen der Schweiz und Frankreich, wird jetzt darauf hingewiesen, daß von dem Gesamtumsatz der Ausländer in fremder Nationalität in den Hotels und Gastwirtschaften der Eidgenossenschaft im Jahre 1910 26,3 Proz. aus Deutschland, dagegen nur 14,3 Proz. aus Frankreich stammte. Von den Winterurlaubern 1910/11 waren 23,6 Prozent aus dem Deutschen Reich, 6,8 Proz. aus Frankreich. Die Frequenz der Reichsbürger in der Schweiz übersteigt die aller anderen Nationen erheblich.

Das Reich freier Einfuhr von Goldsilber und Druckpapier in die Vereinigten Staaten haben, wie das „Bureau Reuter“ aus Washington meldet, auch England und Belgien auf Grund der Weisbefähigungs-Kaufel nachgedacht mit Berufung darauf, daß die Einfuhr aus Kanada frei wäre. Einem Telegramm der „Rein. Ag.“ aus Washington entnehmen wir die interessante Mitteilung, daß Deutschland, da man seinem Verlangen nicht nachgegeben ist, die Gegenmaßregel der Verweigerung der Weisbefähigung für Werksenghals und Kartummi getroffen hat. Dagegen ist anderweitig bisher noch nichts bekannt geworden.

Für Reisende nach Frankreich wird, einem Bündnis der französischen Regierung entsprechend, von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erneut auf folgende, das deutsche Reisepublikum interessierende Bestimmungen aufmerksam gemacht: Reisenden, welche die französische Grenze auf dem See- oder Eisenbahnwege überschreiten und ihre Reise nach dem Innern Frankreichs mittels Eisenbahn fortsetzen, ist es gestattet, für ihren persönlichen Bedarf, unter der ausdrücklichen Bedingung der ordnungsmäßigen Deklaration, zehn Gramm Tabak oder zwanzig Zigaretten oder vierzig Gramm Tabak selbst mit sich zu führen. Frauen und Kinder haben kein Recht auf diese Befähigung. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß vorstehende Mengen nicht gleichzeitig im Besitz eines Reisenden sein dürfen.

Der neue spanische Zolltarif. Der Handelsvertragsverein schreibt uns: Mit dem 1. Januar d. J. ist der revidierte spanische Zolltarif in Kraft getreten. Es handelt sich um eine nicht unerhebliche Revision des seit dem 2. März 1906 in Kraft befindlichen neuen hochspanischen Zolltarifs. Dieser enthält eine Bestimmung, wonach alle fünf Jahre eine Revision des Tarifs stattfinden hat, um die Zollsätze den in der Zwischenzeit eingetretenen Preisveränderungen der Waren anzupassen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde schon durch eine künftige Verfügung vom 14. Oktober 1910 die Zolltarifrevision aufgeschoben, mit den nötigen Vorarbeiten zu beginnen und Material aus Interessentenzentren zu sammeln. Das Material wurde gedruckt und der Kommission unterbreitet, die am 4. Dezember 1911 einen ausführlichen Bericht erstattete. Bereits am 13. Dezember wurde der neue Tarif von der spanischen Kammer angenommen. Mehrere Exemplare des neuen Tarifs liegen im Bureau des Handelsvertragsvereins aus. Interessenten wird auf Wunsch auch schriftlich gern Auskunft erteilt. Entgegen den Nachrichten, die bisher in der deutschen Presse veröffentlicht worden sind, bringt der neue Zolltarif erhebliche und zahlreiche Ermäßigungen nicht nur für Rohstoffe und Halbfabrikate, sondern auch für Fertigfabrikate, besonders der Textilindustrie. In der Textilindustrie ist die Bedeutung für den deutschen Export nach Spanien nicht. Demgegenüber sind die Zollhöherungen wenig zahlreich und im ganzen für Deutschland unerheblich. Nähere Einzelheiten über die für uns wich-

tigen neuen Zollsätze werden demnächst vom Handelsvertragsverein veröffentlicht werden.

Zur Frage der Beamtenkonsumvereine hat der Verband deutscher Beamtenvereine kürzlich wieder Stellung genommen aus Anlaß der Erörterungen auf dem Mittelständtag des Bundes. Der Verband hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß es für den Beamtenstand eine laaßbürgerliche Pflicht ist, bei seinen Verbindungen nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten auf die Interessen anderer Stände gebührend Rücksicht zu nehmen. Daß durch das bisherige Vorgehen der Beamtenvereine berechtigete Interessen des Gewerbetreibenden verletzt worden sind, kann der Verband nicht anerkennen. Andererseits tritt der Verband dafür ein, daß die Betätigung der Beamten des Reichs, Staats- oder Kommunalverwaltung im wirtschaftlichen Leben — im Vergleich zu anderen Staatsbürgern — nicht mehr beschränkt wird, als es die Erfüllung der Berufspflichten des einzelnen Beamten erfordert. Der Verband vertritt daher die Forderung aller deutschen Regierungen und der Einsicht der gesetzgebenden Körperschaften, daß die auf Veränderung der öffentlichen Beamten in dieser Beziehung gerichteten Bestrebungen in den nötigen Schranken gehalten werden.

Zwei Erlasse für die Eisenbahnarbeiter hat nach dem „Gewerbetreibenden“ der preussische Eisenbahnminister am 16. Dezember v. J. herausgegeben. Der eine ordnet an, daß § 2, §§ 1 und 3 der „Gemeinamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige“ folgenden Wortlaut erhalten: „Jeder Arbeiter ist dem Vorgesetzten Gehorsam schuldig und hat allen Anordnungen der Verwaltung Folge zu leisten. Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich anständig und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fern zu halten.“ In dem Erlaß wird zum Ausdruck gebracht, daß das für das Wohl des Staates wie der gesamten Bevölkerung unerlässliche Erfordernis der Gewährleistung eines vor Erschütterungen gesicherten Eisenbahnbetriebes es notwendig erscheinen lasse, daß den Arbeitern der Eisenbahnverwaltung bereits bei ihrer Annahme die besondere Stellung, die der Eisenbahnarbeiter einnimmt, und die Verbindlichkeiten, denen er in Bezug auf die Arbeitseinstellung und die Betätigung an sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen unterworfen ist, zu klarem Bewußtsein gebracht werden. Mit jedem Arbeiter ist daher bei seiner Annahme eine Verabredung hinsichtlich, in der ihm zunächst eröffnet wird, daß die Grundzüge seines Arbeitsvertrages die erwähnten „Gemeinamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige“ bilden. Der Arbeiter soll dann durch Verlesen der oben zitierten Bestimmungen auf die ihm obliegenden Gehorsamspflicht hingewiesen werden. Der zweite Erlaß soll in dem Sinne erläutert werden, daß er dem Transportarbeiterverbände (Reichssection der Eisenbahner) sowie überhaupt solchen Vereinen und Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässig erachten, nicht angehören dürfe. Als Zeilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen werde auch das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Propagandazeitschriften, sowie der Reichs sozialdemokratischer Verammlungen angesehen. Zamborhandlungen würden die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben. Am Schluß der Verhandlung soll der Arbeiter die Erklärung abgeben, daß er die ihm gemachten Bestimmungen verstanden hat, verspricht, sie auch zu befolgen und die angeführten Gemeinamen Bestimmungen als Grundlage seines Arbeitsvertrages anerkennt.

Vermischtes.

(Drei Ruderer ertrunken.) Die Bootbeamten Schellhals, Jäger, Giesemann, alle drei Mitglieder des Ruderklub „Dobrit“ in Schwerin (Medlb.), unternahmen am Sonntag nachmittag eine Bootsfahrt auf dem Schweriner See. Im Schneepurp kenterte das Boot, und alle drei ertranken.

(Die beiden aus Prag entpurrungen Ränder wieder ergriffen.) Die beiden jugendlichen Ränder, die, wie gemeldet, aus dem Prager Strafgerichtsfängnis entwichen, wurden am Sonntag morgen wieder verhaftet. Der eine, Franz Slaba, war zum Weich bei seiner Wäuter in Prag erschienen. Die beiden nachrichtliche jedoch die Gendarmen, die dann den Ränder in der mittlerlichen Wohnung festnahm. Der zweite Ränder, Bokorn, wurde in einem kleinen, etwa 3 Stunden von Prag entfernten Orte von zwei Personen angehalten, weil er ohne Stopfbuchung ging. Er wurde zur Gendarmerei gebracht, und dort gefandt er ein, daß er mit dem flüchtigen Ränder identisch ist.

(Grubenunglück in Westfalen.) Auf der Reche Deibel bei Dorimund wurden durch hereinbrechende Gesteinsmassen fünf Vergleute verschüttet. Ein Vergleute wurde sofort getödet, ein zweiter lebensgefährlich, die drei anderen leicht verletzt.

(Fünf Wiener Ausflügler unter den Rädern einer Lokomotive.) In der Umgebung Wiens ereignete sich am Sonntag ein schwerer Unfall, von dem fünf Ausflügler betroffen wurden. Auf einer Landpartie wollten die Touristen in der Nähe von Neudorf an der Weibahn die Bahnhofsstraße überfahren, um einen Wag abzurufen. Sie wurden dabei von einer Angerlokomotive erfaßt und mit Ausnahme eines einzigen schwer verletzt. Der Kaufmann Rudolf Trempler ist tot, sein Bruder Heinrich Trempler, Direktor-Stellvertreter der Anglobank, schwer verletzt, dessen Sohn hatte beide Hände verloren. Der Schriftfabrikant Ranitzka erlitt gefährliche Verletzungen am Kopf; dessen Sohn war der einzige, der durch einen raschen Sprung auf den Rand sich unversehrt retten konnte. Der nächste Zug der Weibahn brachte die Verwundeten nach Wien, wo sie ins Spital gebracht wurden.

(Der Diebstahl auf dem Kreuzer „Stettin“.) Bei dem Diebstahl auf dem Kreuzer „Stettin“ über den wir bereits berichteten, handelt es sich nicht um ein ganzes Speis, sondern um einen einzelnen Einfaßkasten, wie ihn jeder höhere Offizier in seinem Schranke oder in seinem Schreibtisch in einer Schublade hat. Dieser Kasten ist für sich noch verschließbar, damit in diesem wichtigen Gegenstände sicher aufbewahrt werden können. Der Dieb hat die Schublade erbrochen und den Kasten herausgenommen, wahrscheinlich in der Vermutung, daß der Offizier eine beträchtliche Geldsumme darin aufbewahrt. In einem ähnlichen Falle, der vor Jahren auf dem Kreuzer „Möbde“ sich ereignete, war das Motiv des Diebstahls lediglich die Müch, Geld zu erlangen. Daß in diesem Falle besonders wichtige Dokumente oder Geheimschriften abhanden gekommen sein sollen, ist nicht richtig, weil für die wirklich geheimen Sachen ein besonderes Geheimdiplom an Bord ist.

(Rechnender Gift mord aus Gier.) Eine Gierstichtragödie, die zehn Opfer gefordert hat, hat sich in Philadelphia abgpiel. Der Wirt eines dortigen Hotels, der auf einen seiner Gäste eifersüchtig war, beschloß, ihn zu töten, in dem er Gift in sein Essen mischte, das er ihm servierte. Aber seine Gattin, die ahnungslos vom dem Essen kostete, wurde selbst das erste Opfer dieses Verbrechens und starb nach wenigen Minuten. Klagen dem haben noch neun Personen des Hotels von der vergifteten Speise zu sich genommen. Fünf von ihnen sind tot, vier andere wurden in hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhaus geschafft.

(Der Eisenbahnerstreik in Argentinien.) Wie von „Montevideo“ aus Buenos Aires über den am Sonntag abend ausbrechenden Eisenbahnerstreik gemeldet wird, haben die Ausständigen sehr hohe Forderungen aufgestellt. Sie verlangen vor allem einen wöchentlichen Ruhezeit, gewisse Ruhegehälter im Laufe des Tages, die einen weiteren halben Tag in der Woche ausmachen, Lohnverhöhnungen, die je nach dem Range zwischen vierzig und fünfzig Prozent schwanken, und schließlich die Festsetzung einer Höchstzahl der täglich zurückzulegenden Meilen. Es sind so gut wie alle Leute ausständig, jedoch wird ein vorläufiger Verlonenverehr mit Hilfe von Bureaubeamten und anderen Angestellten aufrecht erhalten, die im Hinblick auf den Ausfall im Fabrikdienst ausgebildet worden sind. Der Minister hat sich gestern mit der Frage, wie dadurch, daß die ersten in dieser Woche zur Verachtung bestimmten Wagenladungen der Weigenernie nicht von der Eisenbahn befördert werden können, ernst geworden sind. Die Bahngehilfen bewilligten den Ausständigen eine Frist von drei Tagen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Angestellten, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen, werden nach Ablauf der Frist entlassen.

(Verbrannt.) In der staatlichen Kanonengießerei zu Aniele bei Anagnino (Frankreich) plachte ein Schmelztiegel, wodurch zwei Arbeiter getödet und 13 schwer verletzt wurden.

(Feuerstrahl in einer Kaserne.) In der Kaserne der Gardejünger in Petersburg brach am Sonntag Feuer aus, das halb größeren Umfang annahm. Viele Mannschaftsstuben sind, da das Feuer erst sehr spät bemerkt wurde, vollständig ausgebrannt, so daß der Materialschaden ziemlich bedeutend ist. Personen sind bei dem Brande nicht umgekommen.

(Der Tod des Bootsjäger „Terry“.) Über dessen Schicksal man in Washington besorgt war, hat durch Zunftspruch mitgeteilt, daß er sich unter eigenem Dampf auf der Fahrt nach Hampton Roads befindet. * (Tödlcher Straßenunfall.) Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat der 73jährige Kaufmann Kehlaff aus Köpenick bei Berlin den Tod gefunden. Der alte Herr hatte das Fußwerk seines Wagens von der Kolonie Wendenshof nach Köpenick geleitet. Als der Wagen die Marienstraße passierte, kam ein Straßenbahnwagen entgegengefahren. Die Pferde schünten und rauten direkt gegen den Straßenbahnwagen. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß K. auf den Damm geschleudert wurde und beunruhigend liegen blieb. Man

brachte ihn nach Köpenick, wo ein Arzt aber nur den Tod bei ihm feststellen konnte. Der Schadel war dem Unglückslichen getrimmert worden.

(Nach Untererschlagung von 6000 M.) hat der 67 Jahre alte Kaufmann Josef Krenmann die Flucht ergriffen. Er war in einer Fabrik in der Hauptkurierstraße in Berlin anstellt. Er genoß das Vertrauen seines Chefs, das er aber in schänder Weise mißbraucht. Als ihm der Boden doch etwas zu heiß unter den Füßen wurde, sog er es vor, die Flucht zu ergreifen. Im Ganzen hat er 6000 M. unterschlagen.

(In der Wolbau ertrunken.) In Prag fuhr am letzten Sonntag ein junger Burde mit einem zweifelhafigen Wagen in die Moldau, um die Pferde zu tränken. Er geriet in eine Utlafte und verlor mit dem Gespann. Sein Vater, der der Scene vom Ufer zusah, watete durch den Fluß ihm zu Hilfe, geriet aber selbst in die Utlafte und ertrank ebenfalls. Der Feuerwehrgang gelang es, die Leichen von Vater und Sohn, die beiden Pferdehänger und den Wagen herauszufischen. * (Einer Opfer des Wahls am 1. März.) Aus Sebel meldet ein Telegramm: Mit der Deichel eines Handwagens wurde bei einem Streite über die bevorstehenden Reichstagswahlen der Kohlenhauer Potbur von zwei angetrunkenen Genossen erschlagen. Ein zweiter Anzeigener konnte sich durch die Flucht retten. Die Mörder wurden verhaftet.

(Ein Ressel in der Ostsee.) Auf dem russischen Meer getrieben. Wie aus Vrachan telegraphiert wird, wurden auf einem im Loslösenden Gelsied viele Fischer die Wolga abwärts ins Meer getrieben. Ein Eisbrecher ist zur Hilfeleistung abgegangen. Man hofft, man nicht Nebel oder Sturm eintritt, die Fischer zu retten. * (Ein Ressel in der Ostsee.) Auf dem russischen Meer getrieben. Wie aus Vrachan telegraphiert wird, wurden auf einem im Loslösenden Gelsied viele Fischer die Wolga abwärts ins Meer getrieben. Ein Eisbrecher ist zur Hilfeleistung abgegangen. Man hofft, man nicht Nebel oder Sturm eintritt, die Fischer zu retten. * (Ein Ressel in der Ostsee.) Auf dem russischen Meer getrieben. Wie aus Vrachan telegraphiert wird, wurden auf einem im Loslösenden Gelsied viele Fischer die Wolga abwärts ins Meer getrieben. Ein Eisbrecher ist zur Hilfeleistung abgegangen. Man hofft, man nicht Nebel oder Sturm eintritt, die Fischer zu retten.

(Zwei Matrosen bei einem schweren Sturm umgekommen.) Auf dem Bremerhavener Fischdampfer „Solinger“ sind unterhalb des Masten im schweren Sturm zwei Matrosen, die Matrosen Hansen und Brinkmann über Bord gespült worden und ertrunken.

(Nach bedeutenden Unterschlagungen geblüht.) Der Bankbeamte Josef Weiterer hat der Dannewerker Bank in Lüneburg 20.200 Mark in Kupons unterschlagen und ist dann geflüchtet. * (Sturm in der Ostsee.) In Vrachan wurde am Montag ein furchtbarer Sturm, der viele Opfer forderte. Zahlreiche Arm- und Weinbrüche waren zu verzeichnen, doch wurde diese Zahl noch durch die der Überfahrenen übertraffen, die beim Kreuzen der Fahrwege ausglitten und unter Fußwerke gerieten. Getödet wurde die Rote der Ostsee Brendis am Erbenruhloch durch Verabfallen einer Firmantarte, die der Sturm losgerissen hatte. Nachmittags riß der Sturm das Dach des Zirkuszeltes Klutz herunter, doch gelang es, die 800 Zuschauer ungeschädigt ins Freie zu bringen. Abends war Vorklebung unter freiem Himmel.

(Grubenunglück.) Zwischen der Grube Georg und der Haltestelle der Zwangroder Eisenbahn bei Neuthen entfiel ein Tagebruch von etwa 200 m Ausdehnung. Ein schmalbürger Grubenunglück glücklicherweise noch rechtzeitig angehalten werden. Der Bergmann Raimir Maager aber war in dem Erdtrichter verhaftet. Er hinterläßt Frau und sechs Kinder. Das Loch mußte geschlossen werden, ohne daß die Bergung der Leiche besorgt werden konnte.

Reklameteil.

*Bolschinnow's Holzklaffen
ist besser als alle Holzklaffen
von anderen Opialisten und
Ihre größtmögliche Holzklaffen-
fabrik Ihre Wahl.*

Ihre Opialist macht's!

Unser grosser

Wenter-Ausverkauf

hat begonnen.

Derselbe bietet ganz enorme Preisvorteile!

Steigerwald & Kaiser, Leipzig, Königsplatz 1.

In meinem diesjährigen
grossen Saison-Ausverkauf

sind in allen Abteilungen grosse Warenposten mit bedeutender Preisermässigung zum Verkauf gestellt.

Ganz besonders billig, teilweise bis weit über die Hälfte des bisherigen Wertes herabgesetzt sind alle dem Modewechsel unterworfenen Artikel.

Am Lager sind noch in grosser Auswahl:

Englische u. Flausch-Paletots, schwarze Eskimo-Paletots, Plüsch-Mäntel, Abend-Mäntel, Costumes, Capes, Kostümröcke u. Blusen, Mädchen-Paletots u. Kleider, Golljacks, Sweater, Kapotten u. Mützen.

Ferner empfehle ich für die kalte Jahreszeit

alle Trikotagen und Unterzeuge für Herren, Damen u. Kinder, Handschuhe, Strümpfe, Gamaschen, Pelzwaren, Muffen, Collers,

während des Ausverkaufs zu besonders wohlfeilen Preisen

10% Ausnahme-Rabatt

auf alle dem Ausverkauf nicht unterstellten
Waren während der Dauer desselben.

20% Ausnahme-Rabatt

auf alle Herren- und Knaben-Konfektion
bis zur Verlegung dieser Abteilung in das
Nachbar-Grundstück.

Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan II.

Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

auf zur Wahl!

Mitbürger! Am Freitag den 12. Januar d. J. werdet Ihr zur Wahlurne gerufen, um Eure Pflicht als Bürger unseres teuren deutschen Vaterlandes zu tun.

Laßt Euch nicht irre machen durch Agitatoren und Flugblätter.

Unser Wahlspruch lautet nach wie vor:

„Mit Gott für Kaiser und Reich!“

Unser Ziel bedeutet nichts anderes. Fort mit den Sozialdemokraten, aber

**Schutz der nationalen Arbeit, Schutz dem Mittelstand in Stadt und Land,
unablässige Sorge für das Wohl des Arbeiterstandes.**

Unser Kandidat ist der dem Mittelstande selbst angehörige

Bauerngutsbesitzer Carl Niele in Starzedel

Fehle Keiner am 12. Januar! Sorge Jeder, daß unser Kandidat als Sieger hervorgehe! Sorge auch Jeder, das Nachbarn und Freunde ihre Stimmen abgeben. Auf jede einzelne Stimme kommt es an!

Mit Gott für Kaiser und Reich.

Der Vorstand d. Wahlvereins d. vereinigten konservativen Parteien.

Warum ich nicht sozialdemokratisch wähle!

Sechzehn frei gewählte Gründe.

Ich bin kein Hüter und Doktrinär des Privatkapitalismus. Ich bin Arbeiter und besitzlos, bin aber frei und unabhängig. Ich denke nicht daran, die Rolle eines Schildknappen des Kapitals zu übernehmen. Ich bin eher Sozialist als Anhänger des Privatkapitalismus. Glaube aber an keinen sozialistischen Katechismus. Bin jedoch bereit, dem Sozialismus alle Wege ebnen zu helfen, die ihn die gegenwärtige oder zukünftige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft gehen heißt. Mit einem Worte: ich will stets beim Vortrupp der Entwicklung marschieren. Unnötig zu sagen, daß ich Demokrat in jedem Sinne des Wortes bin. Daß es mein heißes Sehnen ist, allen Menschen gleiche Rechte geben zu helfen. Alle Vorrechte der Geburt und des Besitzes abzuschaffen. Dieser Wunsch ist nur dann erfüllt, wenn jeder Mensch, geboren im Palast oder in der Hütte, von der Wiege bis zum Grabe, gleiche Möglichkeit der Entwicklung hat, ihn alle Schulen, alle Künste offen stehen usw. Ich bin also Sozialist und bin Demokrat. Oder wenn man will, liberaler Sozialist. Aber Sozialdemokrat marxistischer Färbung bin ich nicht. Warum nicht, das mögen neben anderen nachfolgende Punkte sagen:

1. Die Taktik der Sozialdemokratie ist grundfalsch!

Der Fortschritt in der Politik geht nur Schritt für Schritt. „Die Natur liebt nicht gewalttätige Uebergänge.“ Wer also Politik machen will, muß die Dinge allmählich, ohne Rückschlag voranmarschieren lassen. Das bedeutet: er muß den Kreis der Leute, die ihm bei Durchführung der einzelnen Maßnahmen behilflich sind, tunlichst weit spannen. Zwischen den bürgerlichen Parteien gibt es große Interessengegensätze. Ein ostelbischer Landjunker ist absolut verschieden in Denkweise und Interessen von einem modernen hamburgischen Kaufmann oder einem Berliner Bankier. Eine staatsmännisch geleitete Arbeiterpartei würde versuchen, mit dem Kaufmann und dem Bankier gemeinsam gegen die Junker zu gehen. Die Sozialdemokratie tut das Gegenteil. Ihren gefährlichsten Feind erblickt sie in dem am weitesten linksstehenden bürgerlichen Politiker. Ihn bekämpft sie am meisten. So zwingt sie alle Parteien, gegen sie zu kämpfen. Und wenn sie alle gegen sich mobil gemacht hat, freut sie sich, daß ihre Theorie wieder bestätigt sei, von der einen „reaktionären Masse“. „Wir haben gefunden, daß die Hauptsache ist, auf dem Boden der Praxis etwas zu tun.“ So sagte Liebknecht auf dem Hamburger Parteitag 1889. Aber getan wird auch heute noch nichts. Deutschland hat 65 Millionen Einwohner. 60 Millionen davon sind interessiert gegen die Wirtschaftspolitik der Junker. 5 Millionen sind dafür. Und doch beherrscht im Lande des allgemeinen Wahlrechts die kleine

Minderheit die große Mehrheit. Weil die Sozialdemokratie alle nichteingeschriebenen Parteimitglieder unterschiedslos als Feinde betrachtet.

2. Die Idee des Klassenkampfes wirkt reaktionär!

In jeder Gesellschaft gibt es Klassengegensätze. Der Kulturfortschritt bringt es notwendig mit sich, daß die Interessengegensätze sich reiben. Aber es ist ein anderes, dem Fortschritt zu dienen, in dem man die neuauftretende Klasse mit allen Sympathien verfolgt, und ein anderes, den Klassengegensatz zum Klassenkampf und Klassenhaß aufzupeitschen. Der Klassenkampf bringt alle anderen Klassen in Opposition gegen die Arbeiter. Was eine Frage des sozialen Fortschritts sein sollte, wird zur Machtfrage. Der Klassenkampf ^{Adams} vergangenem halbarbarischen Zeit an. Er ist eine Ruine. In der neuen Gesellschaft muß Kultur und Menschlichkeit die Klassengegensätze erträglich machen. Wer den Klassenhaß zur Tugend macht, wird der Zukunft als Barbar erscheinen. „Diejenigen, die noch weiter den Klassenhaß predigen, sind gleich rückständigen Kirchengemeinden, in denen eine Lehre gepredigt wird, wie sie bestand, ehe es eine Wissenschaft gab.“ So der britische Sozialistenführer Ramsay MacDonald in seinem Buche „Socialist Movement“, Seite 150. „Die starre Klassenkampfdoctrin, die die Phrase von der einen reaktionären Masse absolut nimmt und die Taktik danach bestimmen will, führt mit Notwendigkeit zum Antiparlamentarismus und je nachdem Anarchismus.“ Ed. Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ 1906, Seite 385/386.

3. Der Wortradikalismus raubt vielen Sozialdemokraten den politischen Verstand!

Von all dem, was eigentlich sozialdemokratische Hoffnungen und Wünsche sind, hat sich bisher nichts verwirklicht. Diese Enttäuschungen setzen sich um in fortwährend anschwellende, radikale Redensarten. Der Wortradikalismus ergreift die Masse. „Es ist nicht der Zweck der Sozialdemokratie, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, damit es die Arbeiter gut haben.“ so sprach 1906 Labriola auf dem italienischen Sozialistenkongreß. „Je unerschütterlicher, unversöhnlicher die Sozialdemokratie bleibt, um so eher wird sie ihre Gegner meistern.“ Karl Kautsky: „Der Weg zur Macht“, Seite 103. „Jedes Bestreben, Schritt vor Schritt positiv zur Besserung der Lage des Volkes zu wirken, wird als unbedeutend, ja als eine Art Verrat an unsern Grundsätzen hingestellt.“ So klagt schon 1891 Vollmar, der sozialdemokratische Führer selbst. Man kann es also verstehen, wenn das Blatt des sozialdemokratischen Buchdruckers

verbandes gelegentlich von der „unfähigen Politik des jakobinischen Systems“ sprach. „Korrespondent“ 1906, Nr. 65. Dabei sind die Radikalisten meist pomadifizierte Jünglinge, die irgendwo in reichen Häusern aufgewachsen und sich nun durch besondern Radikalismus als waschecht bezeichnen wollen. „Wie oft haben wir den grazios-tänzelnden Salonchritt mancher berühmter Parteiführer bewundert. . . . Es befinden sich heute viele Wortführer in der Partei, denen das Proletariatsdasein ein Buch mit sieben Siegeln ist. Leider drücken gerade diese proletarischen Dilettanten der Partei vielfach den Stempel auf.“ Der sozialdemokratische Abgeordnete **S u e** in der „Bergarbeiterzeitung“ Nr. 44 von 1901.

4. Man ist bereits beim Generalstreik gelaundet.

Vor Jahren sagte der sozialdemokratische Abgeordnete **Auer** „Generalstreik ist Unsinn“. Als nach 1905 von Rußland Generalstreikswind wehte, schwenkte die ganze Partei um. Nun warf sich der Radikalismus auf den Generalstreik. Von dieser Sorte Streik sagte vor kurzem **Ramsay MacDonald**, der Führer der englischen Sozialisten: „Der Generalstreik ist das geistige Produkt von Leuten, denen es zu lange dauert, daß die Erde 24 Stunden braucht, sich um ihre Achse zu drehen.“ „Socialist Review“ Oktober 1911. Und **Philipp Snowden**, einer der radikalsten britischen Sozialisten, sagt: „Der Generalstreik ist der größte Unsinn, der je außerhalb einer Frennanstalt geredet wurde.“ Ein großer Teil deutscher Arbeiter rennt hinter diesem Unsinn her, als wäre es eine neue Offenbarung.

5. Unfruchtbarkeit der sozialdemokratischen Politik.

„Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform.“ Daß **Dis-mard** in den sechziger Jahren diesen Satz gesprochen, ist noch heute der Stolz jedes woken Duzendagitators. Für die damalige Zeit, als das Bürgertum noch Angst hatte vor der Sozialdemokratie, stimmte dieser Satz. Seit zwanzig Jahren ist er falsch. Die Sozialreform geht nicht vorwärts, weil es die Sozialdemokratie gibt mit ihrer Abschließung, ihrer Klassenkampftheorie usw. In einem lichten Augenblick sprach der Begründer der Sozialdemokratie, **Wilhelm Liebknecht**, auf dem Hamburger Parteitag 1897 folgenden Satz: „Ja, Genossen, wer gar nichts tut, als revolutionäre Phrasen im Munde zu führen, der hat leicht zu urteilen. Wer nichts tut, macht auch keine Fehler. Aber wer handelt — er kann leicht Fehler machen, aber der Mann steht im Kampfe, und das ist mehr, als wenn er schöne Phrasen macht.“ Protokoll S. 144. Trotzdem stehen die „schönen Phrasen“ auch heute noch im höchsten Kurse.

6. Der Turmbau zu Babel.

Das Gefühl, die absolute Unfruchtbarkeit der sozialdemokratischen Politik in der Gegenwart fühlt selbst jeder „Genosse“. Um die Massen bei der Stange zu halten, wird nun immer auf einen großen Schlag verwiesen, der irgendwann mal in der Zukunft erfolgen soll. Dann soll mit einem Schläge alles besser werden. Dafür werden jetzt Organisationen gebaut: Parteivereine, Parteischulen, Zeitungen, Gewerkschaften, Frauenvereine, Jugendvereine usw. So wird höher und höher gebaut, Schicht auf Schicht gehäuft. Aber nie wird die errungene Macht benutzt, um etwas durchzusetzen. Die deutsche Politik tritt seit dreißig Jahren auf der Stelle. Und die sozialdemokratischen Arbeiter stehen daneben und mauern Forts, die weil der Feind ungestört raubt und mordet. Die Organisation, die **M i t t e l** zum Kampfe sein soll, wird unter der Hand zum **Z w e c k** des Kampfes.

7. Die Sozialdemokratie stimmte im Reichstag gegen die sozialpolitischen Gesetze.

Wie behauptet wird, weil die Gesetze nicht genug Fortschritte aufwiesen. Die Sozialdemokratie stimmte:

1888 gegen die Krankenversicherung;
1884 gegen die Unfallversicherung;
1889 gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung;
1890 gegen das Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte;
1891 gegen das Arbeiterschutzgesetz, betreffend den Schutz der Jugendlichen, der Arbeiterinnen, des Arbeitstages usw.;
1903 gegen die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, das den Arbeitern eine gesetzliche Erhöhung der Krankengeldbezugszeit von 13 auf 26 Wochen brachte (Mindestleistung).

Wäre es nach der Sozialdemokratie gegangen, alle diese Gesetze beständen nicht. Die Gesetze sind nicht vollkommen, sind vielfach direkt mangelhaft. Gewiß! Aber wollen Sie völlig darauf verzichten? Alle Entwicklung geht schrittweise.

8. Der sozialdemokratische Radikalismus hat die gelben Gewerkschaften gezüchtet.

Sumpfpflanzen sind aufgewachsen in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie nennen sich gelbe Gewerkschaften. Glende Gestaltungen, die ihre Mitglieder zwingen, Freiheit und Ehrlichkeit zu verkaufen für ein Trinkgeld aus der Tasche von Großkapitalisten. Wer hat bei diesem Gebilde Hute gestanden? Hören wir, was der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in seiner Schrift: „Geschichtliches zur Maifeier“ auf Seite 134 zu sagen hat:

„Die gelben Gewerkschaften sind ein Produkt der Maifeier. Die Einheit der Arbeiter ist gebrochen. Die Maifeier 1906 hat nur den äußeren Anstoß zur Entwicklung der gelben Gewerkschaften gegeben, und unsere Berliner Kollegen werden jahrelang zu tun haben, um dieses Bleigewicht an der Arbeiterbewegung wieder abzuschütteln.“

9. Arbeiter gegen Arbeiter.

Ein Sozialdemokrat vertritt nur seine Meinung. Tausende Arbeiter haben sich z. B. gewerkschaftlich organisiert in nichtsozialdemokratischen Gewerbevereinen. Sie werden dafür gehaßt, werden verfolgt und mißhandelt. Wir haben allein aus den Jahren 1906 bis 1908 hundert Fälle gesammelt, in denen Sozialdemokraten wegen Gewaltanwendungen gegen Gewerbevereiner gerichtlich abgeurteilt wurden. Die Gerichte verhängten in diesen einhundert Fällen 4641 Tage Gefängnis und 625 Mk. Geldstrafe. Warum werden nichtsozialdemokratische Arbeiter verhöhnt und drangsaliert, weil sie ihrer Ueberzeugung treu bleiben?

10. Aber auch in der Sozialdemokratie selbst gibt es keine Meinungsfreiheit.

„Die Meinungsfreiheit, sagt man, sei in unserer Partei nicht in Gefahr. Gewiß — eine Meinung zu äußern ist nicht verboten, aber wehe, wenn man dieselbe öffentlich kund gibt oder gar schwarz auf weiß drucken läßt.“ So verkündet resigniert der damalige sozialdemokratische Abgeordnete **von Elm** in den „Sozialistischen Monatsheften“ 1903, Seite 731. Und der **Bayer Herr von Vollmar** seufzte auf dem Dresdener Parteitag (Protokoll Seite 323): „Das ist keine Meinungsfreiheit, wenn sofort, sobald einer den Mund aufstut, um etwas zu sagen, was den anderen nicht gefällt, diese anderen wie ein Rudel Wölfe über ihn herfallen und ihn abschnappen.“

11. Die sozialdemokratische Lehre ist wissenschaftlich längst erschüttert.

Sie ist als Ganzes stets falsch gewesen, aber da sie doch eine Reihe Zeitprobleme vorausah, konnte sie eine Zeitlang als wissenschaftlich gefestigt gelten. Das ist längst vorbei. Lassen wir sozialdemokratische Schriftsteller reden:

„Es ist eine offenkundige Tatsache, die sozialdemokratische Partei befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehrsätze haben sich als unhaltbar und zweifelhaft herausgestellt. . . . In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an diese Lehrsätze vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht. . . . Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes. . . . Alles wird nervös.“ „Zimmerer“, Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, Nr. 22, 1905.

„Einzelne Sätze des prinzipiellen Teiles des Erfurter Programms sind wissenschaftlich unhaltbar.“ Abg. Dr. David, „Sozialistische Monatshefte“ 1905, Seite 846.

„Der Gedanke, die ganze privatkapitalistische Produktion, diesen ungeheuren Mechanismus . . . in wenigen Tagen, Monaten oder Jahren übernehmen und neu organisieren zu wollen, — der grenzt nicht an Wahnsinn, das ist Wahnsinn.“ Edmund Fischer in den „Sozialistischen Monatsheften“ 1904, Seite 296.

12. Trotzdem herrscht in der Sozialdemokratie ein riesiger Unfehlbarkeitsdünkel, ein stolzes Herabsehen auf alle anderen.

Nur der Sozialdemokrat ist auf dem richtigen Wege, nur er hat die rechte Laktik, nur er ist volksfreundlich, ist freiheitlich usw. Diese Ueberhebung ist geradezu krankhaft. Max Schippel, der frühere sozialdemokratische Abgeordnete von Chemnitz, hat diese Unzulässigkeit recht treffend verspottet:

„Da hustet einer! Wer hustet da? Hier, wo unsere Kirchenlichter, gestützt auf untrügliche, schon durch das Alter ehrwürdige Offenbarung, feierlich Zwiegespräche halten, hier hat sich niemand unehrlich zu räuspern — bei Strafe der Exkommunikation oder auf deutsch: des Hinausfliegens. Wir stehen um Glauben morgens früh. Wir stehen um Glauben mittags dann. Und bei der Sonne Untergang erbitten wir uns Glaubenskraft.“ („Chemnitzer Volksstimme“, 1904, Nr. 112.)

13. Deutsche Sozialdemokratie und deutsches Volkstum.

Der Sozialdemokratie einen Vorwurf zu machen, weil sie an Kaisers Geburtstag oder Sedantagen nicht mit Hurra schreit, ist kleinlich und dumm. Wir verlieren kein Wort darüber. Aber man muß wohl zwischen patriotischen Phrasen und nationalen Idealen zu unterscheiden wissen. Auch der Arbeiter gehört zu seiner Nation. Die Nation schuf die Kultur, die wir uns erkämpfen wollen. Das höchste Ideal und Hochziel greift über die Klasse hinaus, ist nationales Eigentum und Erbschaft. „In der Heimatliebe sind wir von Hause aus alle gleich, inwiefern vielleicht empfindet der Mann der Arbeit, der den Boden nicht nur genießt, sondern auch selbst bestellt, das Heimweh und Heimglück. . . .“ So der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Renner in Oesterreich in seiner Schrift „Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus“, Seite 28. Die deutsche Sozialdemokratie will kein Teil haben

an den nationalen Hochzielen der deutschen Arbeiter. Nur die Klasse gilt, der Klassenkampf, die Klassenherrschaft der Arbeiter. Wir verdammen diese Methode der Spießbürgerei. So scharf wir für den Aufstieg der Arbeiterklasse kämpfen, unser Sehnen geht höher. Unser höchstes Streben erfüllt sich in der Blüte der Nation, für uns im deutschen Volkstum. „Jeder Versuch, von nationalen Gedanken zu schwächen, muß, wenn er Erfolg hat, den Reichtum des Menschengeschlechts vermindern.“ So der österreichische Sozialdemokrat Bernerstorffer.

14. Sozialdemokratie, Heer und Marine.

Jeder würde gern die Milliarden sparen, die uns die Heere kosten. Solange aber andere Staaten rüsten und plötzlich, wie aus der Pistole geschossen, Kriege entstehen, müssen wir auch rüsten. Gerade der italienisch-türkische Krieg zeigt uns, daß eine Vernachlässigung des Heeres und der Marine direkt anreizend wirkt zum Kriege. Die Sozialdemokratie will das Heer abschaffen und an seine Stelle eine Miliz einrichten im Stil der freiwilligen Feuerwehren. Eine Vernichtung der deutschen Kultur durch ausländische Kriegsmächte wäre die notwendige Folge dieser Durchführung eines Punktes im sozialdemokratischen Parteiprogramm. „Wir können die Soldaten doch nicht mit Zaunstecken ausgerüstet ins Feld schicken“, meinte der sozialdemokratische Führer Auer 1897 auf dem Hamburger Parteitag. (Protokoll Seite 139.) Aber im Reichstage lehnt die Partei alle Heeresforderungen ab, auch die für neue Gewehre.

15. Profit oder Grundrente?

Eine theoretische Frage! Aber wer kämpfen will, muß wissen, gegen wen sich sein Angriff hauptsächlich zu richten hat. „Nieder mit dem Profit“ ist der Ruf der Sozialdemokratie, d. h. der Gewinn, den Händler und Fabrikanten aus ihrem Geschäft ziehen, sei der hauptsächlichste Feind der Arbeiter. Er sei die Quelle der sozialen Not. Niemand behauptet, der Profit bleibe stets ein harmloser Kostgänger. Manches soziale Elend entsteht aus dem übertriebenen Jagen nach Profit, aus dem Tanz ums goldene Kalb. Aber gibt es nicht einen schlimmeren Feind: die Grundrente! Wenn ostelbische und mitteldeutsche Großgrundbesitzer die Gesetzgeber zwingen, Getreidezölle zu machen, dann holen sie durch gesteigerte Grundrente sich jährlich 80 Mill. M. aus den Taschen des Volkes. Und wenn von den Rittergütern alljährlich Tausende Arbeiter abströmen in die Industrie und die Städte, so muß man Ursache und Wirkung dieser Erscheinung verstehen. Ursache: schlechte Behandlung der Landarbeiter, schlechte Löhne, keine Möglichkeit, besser fortzukommen usw. Wirkung: Ueberflutung des städtischen Arbeitsmarktes mit billigen Arbeitskräften, Sinken der Löhne, erfolglose Gewerkschaftskämpfe usw. Würde man den Großgrundbesitz zerschlagen und an seine Stelle Bayern ansiedeln, so hört der Zustrom an Lohnbrüclern auf, die Löhne steigen von selbst, die Fabrikanten finden neue Absatzgebiete, der Profit wird von einer ungesunden Höhe herabgedrückt. Grundrente und Profit unterscheiden sich auch noch sonst. Der Profit ist in der Regel durch die Mitarbeit eines geschickten Unternehmers im Betriebe entstanden. Die Grundrente entsteht nie durch eigene Arbeit des Portemonnaiebesitzers. Sie ist „arbeitslos“ Einkommen, d. h. andere haben dafür gearbeitet, und sie ist deshalb der größte Feind.

16. Materialismus oder Idealismus?

Wieder eine scheinbar theoretische Frage. Aber eine, die bis in die tiefste Wurzel unserer Kultur herabreicht. Leben wir bloß, um zu essen, zu arbeiten, zu trinken und zu genießen? Oder haben wir hohe, heilige



Pflichten gegen uns, gegen unsere Familie, gegen die Nation und gegen die Menschheit? Sind unsere Gedanken, unsere höchsten Ziele irgendein Stück aus der geistigen Unendlichkeit, oder ist der Mensch, was er ist? Das sind große Fragen. Für die Sozialdemokratie entstehen alle Gedanken aus der Klassenzugehörigkeit, aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Genußsucht, Oberflächlichkeit, geistige Bedürfnislosigkeit, wie sie oft genug bei bürgerlichen Emporkömmlingen sich ausbilden, sind durch den historischen Materialismus in ein System gebracht und werden deutschen Arbeitern als neueste wissenschaftliche Errungenschaft vorgeführt. Etwas andere Ideen kommen ja gelegentlich von der Sozialdemokratie Österreichs. „Was aber ist des Deutschen eigenstes Besitztum? ... Der deutsche Idealismus, die absolute Herrschaft der Idee über das, was der gemeine Sinn die Realitäten nennt, der schrankenlosen Vernunft, des freien Gedankens über das, was unter dem Namen bestehender Machtfaktoren Unterwerfung fordert.“ (Kerner: „Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus“, Seite 50.)

Man befehe sich, welche Verwirrung dieser historische Materialismus in der sozialdemokratischen Moral anrichtet. Darf ein sozialdemokratischer Arbeiter einen politischen Gegner belügen? Kautsky, der erste Parteilehrer, schrieb in der „Neuen Zeit“ im Oktoberheft 1903, Seite 4:

„Wie es ökonomische Befehle gibt, die für jede Gesell-

schaftsform gelten, so gibt es auch sittliche Grundsätze, deren keiner entzogen kann. Einer der wichtigsten darunter ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Genossen gegenüber. Dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt.“

Ein holländischer Sozialdemokrat, Gorter, hat ein Buch geschrieben unter dem Titel: „Der historische Materialismus“. Kautsky hat dazu das Vorwort geschrieben und damit sein Einverständnis mit dem Inhalt bekundet. In dieser Schrift stehen folgende Sätze:

„Nur innerhalb der Klasse kann auf den Gebieten des Klassenkampfes noch von irgendeinem sittlichen Gebot die Rede sein.“ Seite 83.

„Wo aber das Interesse seiner (des Arbeiters) Klasse die Verletzung der sittlichen Gebote erfordert, wird er sie verletzen.“ Seite 92.

„Die Arbeiterklasse wird oft dazu gezwungen, im Klassenkampf treulos, unwahrhaftig zu sein.“ Seite 95.

Wenn mit diesen Grundsätzen der Brutalität die Arbeiterklasse sich politische Rechte erkämpfen, wenn so die Arbeiter der Menschheit neue Kultur bringen sollen, dann mag man die Menschen bedauern, die mal unter diesem Himmel leben müssen.

Bei der Reichstagswahl wird nicht bloß um Steuern und um Marokko gekämpft, sondern um Grundsätze, um Ideale, um große Zukunftsgedanken der Moral und Sittlichkeit. Während die Stichwahlentscheidung sich auch nach taktischen Gesichtspunkten zu richten hat, kommen bei der Hauptwahl nur Grundsätze zur Geltung.

Vorstehende sechzehn Gründe nötigen mich, offen zu sagen:

Ich wähle keinen Sozialdemokraten, sondern den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei!

Diesen Teil wolte man abschneiden und ausgefüllt einenden an das Zentralbureau der Fortschrittlichen Volkspartei, Berlin SW 68, Zimmerstr. 5/6.

Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zur Fortschrittlichen Volkspartei mit einem Jahresbeitrag
von M.*) und bitte, mich dem in Frage kommenden Ortsverein zuzuweisen.

Ort und Datum

Name und Stand

*) Gest. nicht unter 3 M.

Verantwortlich: Franz Schneider, Berlin-Schöneberg. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.
Verlag: Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe“) G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Zur Beachtung! Im gleichen Verlage sind folgende Flugblätter für den Wahlkampf erschienen:

1. Vier Grundforderungen liberaler Arbeiterpolitik. — 2. Fortschritt und Landwirtschaft. — 3. Liberale Beamtenpolitik. — 4. An die Handwerker. — 5. Detailkaufmann und Reichstagswahl. — 6. Gegen die Konjunktiven. — 7. Die Sünden der Willkür. — 8. Die Sünden des Zentrums. — 9. Warum ich keinen Sozialdemokraten wähle. — Die Preise sind bei portofreier Zusendung: 10 St. 30 Pf., 50 St. 1 M., 100 St. 1,80 M., 200 St. 3,25 M., 500 St. 7,50 M., 1000 St. 10 M., 5000 St. 40 M., 10000 St. 70 M., 20000 St. 120 M. Legiere drei Auflagen auch gemischt.

